

**SOLIDARISCH
MIT DIR!**



JUSOS

BUNDESKONGRESS 2023



KANDIDATUREN



SARAH MOHAMED

KANDIDATUR ALS JUSO-BUNDESVORSITZENDE

LIEBE GENOSS*INNEN,

Multiple Krisen - so wird oft der Zustand unserer Zeit beschrieben: Corona-Pandemie, russischer Angriffskrieg, Inflation, das Erstarken der AfD, die zunehmende soziale Spaltung und die Klimakrise. Gerade junge Menschen belastet das Gefühl, von einer Krise zur nächsten zu schlittern.

Doch es ist vor allem eine Krise, die in Zeiten von Inflation, Klimakollaps und struktureller Armut wieder einmal beweist, dass wir die Systemfrage stellen müssen: Der Kapitalismus. Richtig wäre deshalb viel mehr von einer multidimensionalen Krise zu sprechen, als von multiplen Krisen.

Viele, vor allem junge Menschen, wollen den aktuellen Zustand nicht mehr so hinnehmen. Sie gehen auf die Straße und engagieren sich politisch in unterschiedlichen Bewegungen, ob als Klimaaktivist*innen, feministisch, bei Black-Lives-Matter, als Kolleg*in in ihrer Gewerkschaft oder gegen soziale Ungleichheit, auch in unserem Verband. Das gemeinsame Ziel? Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, die den Menschen vor Profite stellt. Eine sozialistische Gesellschaft!

AUF, AUF ZUM KAMPF, ZUM KAMPF!

Als Jungsozialist*innen verstehen wir, wie zerstörerisch der Kapitalismus ist. Wir verstehen, wie er Hand in Hand mit der Klimakrise, Rassismus, Sexismus und anderen Menschenfeindlichkeiten geht. Es ist jetzt die Zeit, dass wir als politische Linke all jene zusammenführen, die für eine gerechtere Gesellschaft eintreten. Für uns gilt dabei die Doppelstrategie: In die Parlamente sowie in unsere Partei und gleichzeitig auf die Straßen! Letzteres muss jetzt wieder eine größere Rolle spielen, ohne dabei unseren Anspruch einer starken Juso-Stimme in unseren Parlamenten aufzugeben.

Wir müssen jetzt die Chance nutzen, einen emanzipatorischen Klassenkampf zu führen. Vom Mandat auf kommunaler Ebene, über den aktivistischen Kampf auf der Straße, von unserer Solidarität mit dem gewerkschaftlichen Arbeitskampf, bis hin zu unseren innerverbandlichen Bildungsprogrammen, um möglichst vielen jungen Menschen Teilhabe an politischen Prozessen zu ermöglichen.

Gemeinsam mit euch möchte ich als eure Bundesvorsitzende genau diesen Kampf führen, denn ich weiß:

Nur wir Jusos haben das Potential, verschiedenste linke Aktions- und Bewegungsformen zu vereinen und so für eine Welt zu kämpfen, die unsere ist.

WIR SIND DER ROTE MOTOR: FÜR VISIONEN, IDEEN UND KRITIK!

In Zeiten von sozialer Ungleichheit spart die aktuelle Ampelregierung vor allem bei Fragen des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts. und spart unsere Zukunft kaputt und gefährdet den sozialen Frieden. Die Sozialdemokratie ist jetzt gefragt, aber sie ist in ihrem Verständnis als vermittelnde Kanzlerpartei gehemmt, mutlos und zunehmend inhaltlich entkernt. Als Jusos müssen wir noch stärker der inhaltliche Motor für unsere Mutterpartei sein und sie mehr mit der sozialdemokratischen Vision konfrontieren. Damit wir das schaffen, müssen wir uns auch selbst wieder in die Lage versetzen, in großen Linien und Ideen Gesellschaft zu denken, Lösungen zu finden und immer wieder einen „großen Wurf“ auf den Tisch zu legen!

Für uns Jusos ist das Prinzip der kritischen Solidarität in unsere politische Identität eingebrannt. Wir glauben an die sozialdemokratische Bewegung. Genau deshalb wollen wir sie auch nicht liberalen Erzählungen und dem Klein-Klein überlassen. Als eure Bundesvorsitzende möchte ich deshalb mit dem gesamten Verband eine neue Schärfe im Umgang mit unserer Mutterpartei etablieren. Denn weder jetzt noch in Zukunft ist die Zeit für schwarze Null und Asylkompromiss, für halbherzige Klimapolitik, Bildungsungerechtigkeit oder das Herunterwirtschaften des Sozialstaats!

DIE GRÖSSTE SOZIALE KRISE: DER KLIMAWANDEL

Unser Planet und seine natürlichen Ressourcen werden bis kurz vorm Kollaps ausgebeutet. Die Klimakrise macht deutlich, wie der Kapitalismus in seinem Wachstum niemals innehält, nicht einmal wenn er den Planeten selbst in seiner Ungerechtigkeit unbewohnbar macht. Obwohl die Reichsten und der Globale Norden Hauptverursacher*innen der Klimakrise sind, leiden darunter jetzt schon die Ärmsten und der Globale Süden am meisten. Wenn wir das Schlimmste verhindern wollen, muss unsere Wirtschaft jetzt klimaneutral und antikapitalistisch werden. Und wir müssen endlich einhalten, was unsere Mutterpartei schon lange verspricht: Eine soziale Klimapolitik.

Die DGB-Gewerkschaften beweisen seit Jahrzehnten, dass der Arbeitskampf immer auch ein Kampf um das gute Leben ist. In Angesicht von Klimakrise und -kollaps müssen wir deshalb auch immer über Industrie- und Arbeitspolitik sprechen. Die Klimakrise bringt viele andere Krisen mit sich und stellt globale ein enormes Sicherheitsrisiko dar, vor allem für FINTA und andere marginalisierte Gruppen. Deswegen müssen wir Klimaschutz als Teil unserer

Sicherheits- und Außenpolitik verstehen. Und ich bin der Überzeugung: Als Verband müssen wir das Thema Klimagerechtigkeit als Teil unserer jungsozialistischen DNA verstehen.

„WIR LEBEN IN NEM HERRENWITZ, DER NICHT ZUM LACHEN IST.“

Care-Arbeit wird immer noch hauptsächlich von Frauen geleistet, ob als Pflegefachkraft im Altenheim oder Krankenhaus, die Kindererziehung zuhause oder auch das Schmeißen des Haushalts. Mehr als 12,5 Milliarden Stunden täglich leisten Frauen und Mädchen weltweit unbezahlte Care-Arbeit. Der Kapitalismus würde ohne diese unbezahlte Arbeit gar nicht funktionieren, denn unbezahlte Care-Arbeit kostet den Sozialstaat wenig und hält Löhne und Arbeitsbedingungen in vorrangig weiblich geprägten Berufen niedrig und prekär.

Care-Arbeit ist wesentlicher Bestandteil für patriarchale Ausbeutung, d, deswegen müssen Care-Arbeit und Erwerbsarbeit ganz neu organisiert werden! Als feministischer Verband erheben wir den Anspruch des „lila Fadens“ durch alle politischen Teilbereiche. Die Care-Krise verdeutlicht das in der Praxis. Um unseren feministischen Grundwert ernst zu nehmen müssen wir unsere Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik konsequent feministisch denken! Um Phänomene wie die Care-Krise energisch anzugehen, brauchen wir die versammelte Expertise unseres feministischen Verbands! Als eure Bundesvorsitzende möchte ich deshalb mit euch in den Austausch treten, wie wir in Zukunft die Bundesebene noch inklusiver für eure Ideen und Perspektiven gestalten können. . Es braucht uns alle, um den Verband feministisch weiterzuentwickeln! Denn patriarchale Ausbeutung und Misogynie machen auch vor unserem Verband keinen Halt. Als eure Bundesvorsitzende möchte ich deshalb auch funktionierende Awarenessstrukturen auf allen Ebenen schaffen.

KONTINUITÄTEN RASSISTISCHER AUSBEUTUNG

Das Thema Migration polarisiert. Bei Rechten, Konservativen, Liberalen, aber auch bei Linken. Migration und Migrant*innen werden meist als Problemstellung diskutiert, im Zusammenhang mit Armut, Gewalt und Kriminalität. „Gute“ Migration ist in diesem Zusammenhang nur die Migration, die nach der kapitalistischen Verwertungslogik genutzt werden kann. Migrant*innen werden seit jeher als billige Arbeitskräfte ausgebeutet, ob als „Gastarbeiter*innen“ oder Saisonarbeiter*innen. Und deswegen werden Aufenthalt und Abschiebung auch an Beschäftigung gekoppelt. So gibt es ein enormes Druckmittel, um Migrant*innen in prekäre Lohnverhältnisse zu zwingen. Es braucht eine progressive Vision von Deutschland als Einwanderungsland, wo Migration Chance und kein Problem ist. Als Verband ist es unsere Verantwortung, diesen Anspruch besonders

auch für unsere Vision eines Europas ohne Grenzen zu verdeutlichen. Im nächsten Jahr steht die Europawahl an, und ich bin mir sicher, dass nicht nur mich die Frage herumtreibt, wie wir als Jungsozialist*innen konkret für unser Europa kämpfen, das aktuell mehr Schein als Sein ist. In euren Landesverbänden und Bezirken kämpft ihr genau dafür. Seit Jahren sind Europas Außengrenzen ein Massengrab, nun antwortet die EU – vor allem getrieben durch den Rechtsruck – mit der Infragestellung des individuellen Rechts auf Asyl und Außenlagern. Deshalb möchte ich mit euch gemeinsam für jenes Europa kämpfen von dem wir schon so lange träumen!

NAZIS AUF DEN STRASSEN, NAZIS IN DEN PARLAMENTEN, NAZIS ALS LANDRAT UND BÜRGERMEISTER

Die aktuelle Krisenstimmung führt dazu, dass die Teile der Gesellschaft, die sich nach starker Führung und einem harten „Durchgreifen“ durch Rechts sehnen, lauter werden. Damit werde ich mich niemals abfinden! Rechte Kräfte sind auf dem Vormarsch und sind zuletzt auch Landrat und Bürgermeister geworden. Nächstes Jahr sind Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen, wo die AfD droht, stärkste Kraft zu werden. Das macht Angst. Mit Recht schlagen unsere Genoss*innen der ostdeutschen Landesverbände schon lange Alarm. Innerverbandliche Solidarität heißt deshalb auch, dass wir gemeinsam dort unterstützen, wo wir im antifaschistischen Kampf benötigt werden.

Reiche werden immer reicher und Arme immer ärmer. Der soziale Frieden und der gesellschaftliche und demokratische Zusammenhalt sind massiv gefährdet. Wir müssen die Ideologie und das System bekämpfen, welches Menschen unterdrückt und die Arbeiter*innenklasse spaltet. Antifaschismus ist und bleibt Handarbeit. Wir müssen jetzt als Linke zusammenstehen und Faschist*innen auf der Straße, in den Parlamenten und in sog. „Mitte unserer Gesellschaft“ bekämpfen. Ob bei der Demo, im Wahlkampf oder in der Öffentlichkeitsarbeit: Ich will mit euch gemeinsam unseren antifaschistischen Kampf hochhalten!

“BIN EIN BRAUNES MÄDCHEN IN NEM WEISSEN LAND”

Als queere Schwarze Frau, die mit Hartz IV im Ruhrgebiet aufgewachsen ist, weiß ich, wie vielseitig die hässlichen Gesichter des Kapitalismus sein können. Als Jugendliche habe ich deswegen angefangen, mich in antifaschistischen Gruppen zu engagieren und war seitdem immer politisch aktiv. Über Umwege bin ich zur Hochschulpolitik gekommen, war an meiner Uni in Bonn AStA-Vorsitzende und bin dann in der Sozialdemokratie, aber vor allem bei den Jusos aktiv geworden. Ich habe mich kommunalpolitisch engagiert, war Jahre im Landesvorstand der NRW Jusos und zuletzt im Juso-Bundesvorstand. Jetzt bewerbe ich

mich bei euch als Juso-Bundesvorsitzende, weil ich überzeugt davon bin, dass wir gemeinsam so viel schaffen können.

Unser Verband muss sich wieder mehr inhaltlich als eigenständige Jugendorganisation begreifen, Kapitalismus in allen aktuellen Facetten verstehen und neben dem Kampf in den Parlamenten auch im Kampf auf der Straße wieder mehr sichtbar werden!

Der Kampf für Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit darf nicht nur für die Betroffenen und Unterdrückten geführt werden – wir müssen diesen Kampf mit ihnen gemeinsam führen, auch an der Spitze. In unserer Juso-Geschichte war noch nie eine Schwarze Person oder Person of Colour Juso-Bundesvorsitzende*r. Ich frage mich: Warum eigentlich nicht?

Ich weiß, welche Hürden ich als Schwarze Frau aus armen Verhältnissen in unserem Verband überwinden musste. Mir hätte es viel bedeutet, mehr Repräsentation und mehr Vorbilder bei den Jusos gehabt zu haben. Und lange habe ich mir gewünscht und die Hoffnung gehabt, dass auch an der Spitze in unserem Verband BIPOC hinreichend repräsentiert werden können. Ich will nicht mehr warten, ich will es selbst sein. Und nicht nur für den Verband. Es ist schwer zu glauben, man könnte an Gesellschaft partizipieren wie alle anderen, wenn man sich nie sehen kann. Als Verband müssen wir Mut machen – und das schaffen wir, wenn sich alle jungen Menschen in unserem Verband vertreten sehen! Vieles hat sich schon verbessert, aber wie es so schön heißt: Wir brauchen nicht nur einen Platz mit am Tisch, sondern einen neuen Tisch. Um voranzukommen, braucht es auch bei uns strukturelle Veränderungen und weil ich durch meine eigenen Erfahrungen mit struktureller Diskriminierung politisiert wurde und immer daran glaube, dass es unser Verband ist, der sie aufbrechen kann, möchte ich euch nun meine Erfahrung anbieten und um euer Vertrauen bitten um eure nächste Bundesvorsitzende zu werden.

Ich will es anpacken. Über eure Unterstützung würde ich mich sehr freuen und bin gespannt auf eure Rückfragen und Impulse! Meldet euch gerne jederzeit bei mir!

Eure Sarah



PHILIPP TÜRMER

KANDIDATUR ALS JUSO-BUNDES-VORSITZENDER

MUTIG SEIN!

Wir sind viel mehr als nur ein politischer Jugendverband. Die Jusos sind das Versprechen darauf, dass die gesellschaftliche Linke politisch niemals verstummt. Gerade, wenn der politische Diskurs rauer, wenn rechte Erzählungen wieder in der sogenannten Mitte der Gesellschaft sagbar werden und wenn neoliberale Politik scheinbar wieder populärer wird, sind wir gefragt. Es ist an uns, in der gesellschaftlichen Debatte laut und mutig die Systemfrage zu stellen. Es ist an uns zu zeigen, dass Armut kein Zufall, die Klimakatastrophe kein Unfall und die Ausbeutung von Arbeiter*innen, FINTA und BIPOC nicht naturgegeben ist. Der Ursprung all dieser Missstände unserer Zeit ist das zutiefst ungerechte, kapitalistische und patriarchale Gesellschaftssystem, in dem einige Wenige von der Ausbeutung der Mehrheit und des Planeten profitieren.

Die Stärke der Jusos ist es immer gewesen, Missstände zu benennen - innerhalb der Gesellschaft und genau so auch innerhalb der SPD. Wir wollen und müssen die Debatte wieder nach links verschieben. Wenn der rechte und konservative Rollback Diskursräume zu verschließen scheint, müssen wir diese Türen wieder auftretten, damit linke Politiker*innen, Aktivist*innen und Gewerkschafter*in-

nen hindurchgehen können. Ich stehe für einen selbstbewussten, eigenständigen und lauten Jugendverband. **Gemeinsam mit Euch möchte ich in den nächsten Jahren mutig sein – für starke, linke Politik.**

„JEDE*R KANN ES SCHAFFEN“ - SCHÖN WÄR'S!

Vom Tellerwäscher zum Millionär. Von der Reinigungskraft zur CEO. Der Kapitalismus lebt schon immer davon, dass er uns allen das große Versprechen gibt: Jede*r kann es schaffen! Dieses Versprechen ist eine Lüge. Die soziale Durchlässigkeit unserer Gesellschaft nimmt immer stärker ab, während die Spaltung zwischen Arm und Reich vor allem in Deutschland weiter zunimmt. Kinder, die in Armut aufwachsen, haben wesentlich geringere Chancen, einen erfolgreichen Bildungsweg zu gehen und eine hohe Wahrscheinlichkeit, ihr gesamtes Leben in Armut zu verbringen. Dabei wissen wir, was für mehr Chancengleichheit aller zu tun wäre: **Ein Bildungssystem, das wirklich allen Kindern, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, die gleichen Startchancen ermöglicht.** Wir brauchen finanzielle, staatliche Unterstützung in der universitären und beruflichen Ausbildung, faire Löhne dank starker Gewerkschaften und eine gute staatliche Daseinsvorsorge, die

allen zugänglich ist und gleichwertige Lebensbedingungen garantiert. Nicht ohne Grund waren das alles Kernversprechen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung seit den 60er Jahren. Die anfänglichen Fortschritte auf diesem Weg gingen Hand in Hand mit Rekordergebnissen der Sozialdemokratie. Zur Geschichte der SPD gehört nur leider auch die Abkehr von unserem Markenkern und die Selbstaufgabe vor dem neoliberalen Zeitgeist unter Schröder. Die Agendapolitik hat uns bis heute Glaubwürdigkeit gekostet und dem Versprechen, eine solidarische Gesellschaft zu schaffen, schwer geschadet.

Die Wahrheit ist: **Die Fliehkräfte des Kapitalismus sind stärker als jede Sozialreform.** Die Welt, in der wir leben, wird immer ungleicher. Zehn Prozent der Weltbevölkerung verfügen über drei Viertel des gesamten Vermögens, allein zwei Familien in Deutschland besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung. **Die Ungleichheit ist damit so groß wie zuletzt im Kaiserreich,** während gleichzeitig mehr als zwei Millionen Kinder in Deutschland in Armut leben und wir einen der größten Niedriglohnssektoren Europas haben.

All das klingt extrem düster, es ist aber die Realität, in der wir leben und mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Deshalb muss es stets unser Ziel sein, im gleichen Atemzug, in dem wir für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Ärmsten kämpfen, den Anspruch zu formulieren, den Kapitalismus insgesamt zu überwinden. Andernfalls verliert die demokratisch-sozialistische Bewegung ihren Kern und damit all ihre Kraft. Dafür braucht es uns Jusos.

Aus der Kritik der bestehenden Verhältnisse, der unerträglichen Ungerechtigkeit der Welt in der wir leben, wollen wir eine neue Welt entwerfen. Nur die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft löst das Versprechen der Chance auf ein gutes Leben für alle, in unserem Land, in Europa und überall auf der Welt ein. **Diese neue Welt zu verwirklichen, dafür möchte ich gemeinsam mit Euch, im Verband, auf der Straße und natürlich auch innerhalb der SPD, kämpfen.**

VERTEILUNGSKÄMPFE GEMEINSAM FÜHREN

Einhundert globale Großkonzerne sind verantwortlich für 70% aller CO2-Emissionen. Superreiche Menschen verursachen mit ihrem Lebensstil ein Vielfaches der Emissionen der restlichen 90% der Weltbevölkerung. FINTA leisten einen Großteil der unbezahlten Reproduktionsarbeit, Alleinerziehende tragen das größte Armutsrisiko. Migrantisierte Menschen werden auf unserem Arbeitsmarkt systematisch ausgebeutet. Der **globale Süden schuftet für den Wohlstand der westlichen Gesellschaft.** Die "Stärksten" leben auf Kosten der vermeintlich Schwächsten und das auf der ganzen Welt.

Die Gemeinsamkeit klimaaktivistischer, gewerkschaftlicher, feministischer und antirassistischer Bewegungen, ist der Kampf gegen den Kapitalismus. **In den nächsten Jahren möchte ich die Doppelstrategie der Jusos stärken.** Einerseits, indem wir wieder mehr auf die Straße gehen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und unseren aktivistischen Bündnispartner*innen. **Die Zersplitterung der gesellschaftlichen Linken muss enden.** Wir müssen es schaffen, uns gemeinsam hinter einer inhaltlich inklusiven Idee einer gemeinsamen linken Bewegung zu versammeln. **Diese gemeinsame Erzählung ist der Kampf für eine gerechtere Verteilung, für eine andere Produktionsweise und gerechtere Gesellschaft.** Dafür müssen wir als Jusos stehen. Als Sozialist*innen glauben wir an die Kraft der kollektiven Veränderung durch linke Massenbewegungen und werden dafür in unserer Bündnisarbeit und als Organisation die bedeutendste Plattform sein.

NIEDER MIT DEM FASCHISMUS!

Das Erstarken der Nazis und Faschist*innen in diesem Land und ihrer Partei der AfD ist aktuell die größte Bedrohung für unsere Demokratie. Zunehmend gerät linkes Engagement unter Druck, wird bedroht und zu verdrängen versucht. Alle demokratischen Kräfte müssen ihren Anteil dazu leisten, diesen Rechtsruck zu bekämpfen. Dafür ist der erste Schritt die konsequente Abgrenzung nach Rechts. Es darf keine Zusammenarbeit, keine Normalisierung der Faschist*innen geben. **Überall muss rechter Propaganda widersprochen werden, im Politischen wie im Privaten.**

Wenn wir die Rechten wieder zurückdrängen wollen, müssen wir insbesondere diejenigen zurückgewinnen, die sich aktuell von der Politik nicht vertreten fühlen. Diejenigen, die zwar niemals Rechte wählen würden, aber in das Lager der Nichtwähler*innen wechseln, weil sie nicht das Gefühl haben, dass es im politischen System eine Partei gibt, die ihre Alltagsprobleme sieht. Wir müssen dafür sorgen, dass die SPD wieder zur Stimme derer wird, deren materielle Sorgen und berechtigte Kritik an unserem ungerechten, kapitalistischen Gesellschaftssystem in der Politik eine zu kleine Rolle spielen. Statt Pauschalisierungen und platter Parolen, müssen wir diesen Menschen echte politische Angebote und Lösungen für ihre Sorgen anbieten. Wenn wir die AfD in jedem Dorf, in jeder Stadt, in Ost und West wieder zurückdrängen wollen, geht das nur, wenn wir diejenigen wieder für die Verteidigung unserer Demokratie zurückgewinnen, die aktuell drohen, ihr aus Frustration den Rücken zuzukehren.

Direkt im nächsten Jahr stehen drei wichtige Landtagswahlen im Osten sowie die Europawahl an. Wir dürfen uns keine Zeit lassen, denn die Umfragewerte besorgen uns alle. **Es gilt jetzt zu handeln und gemeinsam die Demokratie zu verteidigen.**

WAS SOLL DAS, AMPEL?

Trotz gesellschaftspolitischer Fortschritte, wie der längst überfälligen Abschaffung von § 219a StGB – es geht einfach nicht, dass die SPD diese Regierung anführt und die Menschen zunehmend größere Existenzsorgen und immer weniger Geld im Portemonnaie haben. **Eine SPD, die nur moderiert und kaum sozialpolitisch gestaltet, wird ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht.**

Wir müssen die Kinderarmut beenden. Eine Kindergrundsicherung, die das nicht leistet, ist ein Skandal. Wir brauchen einen armutsfesten Mindestlohn. Es darf nicht sein, dass die Mindestlohnkommission von Arbeitgeber*innen und Vertrauten des Finanzministers instrumentalisiert wird, um eine Anpassung des Mindestlohns an die Inflation zu verhindern. **Wir müssen endlich die Schuldenbremse abschaffen**, um in Infrastruktur, die Klimatransformation unserer Industrie und den sozialen Zusammenhalt zu investieren. Die SPD darf nicht zulassen, dass die FDP und Christian Lindner zum Bremsklotz des ganzen Landes werden und unsere Regierung in Geiselschaft nehmen. Der Erfolg nach vier Jahren SPD-geführter Regierung kann nicht darin liegen, Haken hinter Projekte im Koalitionsvertrag zu machen, wenn die Herausforderungen in dieser Zeit immer größer werden. Wenn die Zeiten schnelllebig sind, muss die Politik Schritt halten. Wer "mehr Fortschritt wagen" will, muss sich daran messen lassen, denn genau davon werden die Wähler*innen bei der nächsten Bundestagswahl auch ihre Wahlentscheidung abhängig machen.

EUROPA, WIR KOMMEN!

Die Europawahlen nächstes Jahr werden richtungsweisend für die EU sein! Wir müssen ganz klar machen: Wir überlassen Europa nicht den Rechten. Wir finden uns nicht damit ab, dass jeden Tag Menschen an der europäischen Außengrenze sterben. **Statt für Abschottung treten wir ein für eine solidarische Geflüchtetenpolitik**, für legale Einreisemöglichkeiten und menschenwürdige Unterbringung. Wir wollen ein menschliches und soziales Europa. Statt europäisch verordneter Sparpolitik, kämpfen wir für eine Sozialunion, in der gemeinsame Sozialstandards vereinbart und durchgesetzt und finanzschwächere Länder fiskalpolitisch unterstützt werden, statt ihnen Sparvorgaben zu machen. Unser Europa heißt auch: Der Rechtsstaat ist nicht verhandelbar. Wir wehren uns gegen die Repression queerer Menschen und die immer stärkeren Angriffe auf das Recht der körperlichen Selbstbestimmung von FINTA. Europa muss der Motor des sozialen Fortschritts, der Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sein. Dafür werden wir gemeinsam mit unseren Juso-Kandidierenden alles geben. **Wir lassen uns die europäische Idee nicht von rechts nehmen!**

MEINE MOTIVATION UND MEIN VERSPRECHEN

Liebe Genoss*innen, liebe Jusos,
Seit über einem Jahrzehnt kämpfe ich mit vielen von Euch gemeinsam für eine linke und vor allem sozialistische Gesellschaft. Diese Zeit hat mich geprägt und verändert. Gemeinsam konnten wir schon einiges in der Politik und in der SPD verändern. Bei unzähligen Besuchen in Unterbezirken, bei Seminaren oder danach beim Kaltgetränk konnten wir uns darüber austauschen, was Ihr Euch von unserem Verband wünscht, in den wir alle so viel unserer Freizeit investieren. Ich habe erlebt, was die Jusos alles leisten können, wie es uns gelungen ist, gesamtgesellschaftliche Debatten anzustoßen, die größer waren als alles, was bislang Jugendverbände bewirkt haben und wie wir zusammen die SPD durchgerüttelt und neu sortiert haben. Wir können eine kraftvolle Stimme der gesellschaftlichen Veränderung sein, wenn wir zusammenhalten und wenn wir uns trauen, laut zu werden für unsere Überzeugungen und unseren Glauben, dass eine gerechtere, eine sozialistische Welt möglich ist. Die aktuelle gesellschaftliche Situation und der Zustand der SPD: Beides erfordert vielleicht so starke und mutige Jusos wie nie zuvor. Ich bin bereit. Und ich verspreche Euch als Euer Vorsitzender alles zu geben.

Wir haben nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen.

Lasst uns gemeinsam mutig sein.

Euer Philipp

KONTAKT

Insta: [@galthasar](#)

Twitter: [@PhilippTuermer](#)

Bluesky: [@galthasar.bsky.social](#)

Mail: philipp.tuermer@jusos.de

CHRISTIAN FREICHEL

KANDIDATUR ALS JUSO-BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER

LIEBE GENOSS*INNEN, LIEBE JUSOS,

seit 15 Jahren darf ich bei den Jusos mitarbeiten, mitgestalten und mit euch für unsere Idee des demokratischen Sozialismus kämpfen. Nach vielen ehrenamtlichen Stationen in dieser Zeit und nun fast 4 Jahren als Mitarbeiter für Veranstaltungs- und Kampagnenmanagement im Juso-Bundesbüro, möchte ich beim Bundeskongress für das Amt der Bundesgeschäftsführung kandidieren. Ich möchte meine Erfahrungen im Verband und in der Partei, mein Wissen aus Studium und Beruf und meine Leidenschaft für unsere Ideale einbringen und gemeinsam mit euch weiter für unsere Ideen streiten.

Ich möchte im Amt der Bundesgeschäftsführung die Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für die Arbeit des Bundesvorstands und des gesamten Verbands wieder in den Fokus rücken und diese Position zu einem Treiber der Innovation für die Arbeit der Jusos machen. Dies bedeutet für mich auch, dass die Bundesgeschäftsführung nicht von eigenen politischen Absichten getrieben ist. Stattdessen sind die professionelle Leitung des Bundesbüros sowie Beratung des Bundesvorstands von Bedeutung und dafür sind vor allem fachliche Expertise

und Qualifikationen wichtig. Angesichts des anstehenden Wahlkampfes ist es entscheidend, nicht nur den Verband, sondern auch das Bundesbüro und das Willy-Brandt-Haus bestens zu kennen, damit wir nahtlos weiterarbeiten können.

In meinem Kandidaturschreiben möchte ich bewusst keine politischen Visionen beschreiben oder über die Ausrichtung unseres Verbands diskutieren. Stattdessen will ich euch meine Vorstellungen über die organisatorischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen für eine starke Jugendorganisation skizzieren, die in Gesellschaft und Partei wirken kann und eure Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit dieser Aspekte für unseren Verband lenken.

GEMEINSAM SIND WIR STARK

Bisher findet leider kaum eine Zusammenarbeit des Bundesbüros mit den Hauptamtlichen in den Landesverbänden und Bezirken statt. Dabei könnten alle davon profitieren, beispielsweise durch Wissenssammlungen zur Organisation von Workshops und Veranstaltungen oder der gemeinsamen Bereitstellung von Vorlagen, Fotos oder Technik. Statt nebeneinander vor sich hin zu arbeiten, möchte ich auf regelmäßige Zusammenarbeit mit den

Hauptamtlichen vor Ort setzen, um gemeinsam die besten Voraussetzungen für eure politische Arbeit zu schaffen.

Wichtig ist mir auch, dass wir als Verband die unterschiedlichen Ressourcen und Belange der Verbände in Ost und West sowie die verschiedenen Bedürfnisse von ländlichen und städtischen Unterbezirken im Blick behalten. Ich kenne aus eigener Erfahrung die unterschiedlichen Perspektiven auf politische Debatten und die teils sehr verschiedenen Probleme bei der politischen Arbeit vor Ort. Einerseits sind die strukturellen und personellen Voraussetzungen in großen Städten ganz andere als auf dem Dorf, andererseits sind auch die Themen, die die jungen Menschen vor Ort in ihrem Alltag bewegen oft ganz andere. Gerade auch bei der Kampagnen- und Wahlkampfplanung müssen wir dies Unterschiede stärker und gezielter berücksichtigen.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, DIE ANKOMMT

Ein wichtiger Grund, warum wir auf Bundesebene kaum noch sichtbar sind, ist die Art und Weise, wie wir unsere Inhalte kommunizieren. Seit Langem beschränkt sich der Großteil unserer digitalen Öffentlichkeitsarbeit darauf, täglich Statements auf Instagram zu veröffentlichen, mit denen wir die aktuelle Tagespolitik kommentieren und unsere Forderungen zum jeweiligen Thema nennen. Leider erreichen wir mit dieser Art täglicher Pressemitteilung aber hauptsächlich unsere eigenen Mitglieder, sodass wir trotz der hohen Frequenz, mit der wir unseren Account bespielen und des entsprechend hohen Personaleinsatzes außerhalb unserer eigenen Bubble kaum wahrnehmbar sind.

Anstatt täglicher Statement-Postings mit langem Text, die kaum geteilt werden, weil das Format nicht anspricht, sollten wir in aufwändigere Content-Produktionen investieren, die weniger häufig erscheinen, aber dafür gesehen werden, weil sie für die Nutzer*innen interessant sind und deshalb organisch geteilt werden. Dazu gehört auch ein professionelles konstantes Monitoring, mit dem wir Stärken und Schwächen identifizieren und unsere Arbeit kontinuierlich verbessern können.

Zudem sind wir in der digitalen Kommunikation mittlerweile fast nur noch auf Instagram beschränkt, das insbesondere von Menschen unter 25 wenig genutzt wird. Es gilt unsere Kommunikationswege zu diversifizieren, um dem Nutzungsverhalten junger Menschen gerecht zu werden. Während z.B. einzelne Jusos und Abgeordnete erfolgreich hunderttausende junge Menschen auf TikTok erreichen, haben wir bis heute kein Konzept, wie wir dort erfolgreich unsere Inhalte kommunizieren können. Unsere digitale Öffentlichkeitsarbeit müssen wir vom Kopf auf die Füße stellen und junge Menschen außerhalb unserer eigenen Strukturen erreichen.

Auch in der klassischen Pressearbeit gilt es wieder sichtbarer und pointierter zu werden. Dies reicht vom aktiven Agenda Setting, z.B. im Rahmen öffentlichkeitswirksamer Aktionen oder politischer Kampagnen, über stärkere Präsenz in klassischen Medien und solchen Formaten, die junge Zielgruppen erreichen, bis hin zum gezielten Framing laufender politischer Debatten. Das setzt insbesondere eine langfristige strategische Pressearbeit voraus, in die auch entsprechend verstärkt Geld und Zeit investiert werden muss. An starken Inhalten und disruptiven Ideen mangelt es uns jedenfalls nicht.

DIGITALISIERUNG

Die Pandemie hat die Parteien insgesamt dazu gezwungen, sich stärker zu digitalisieren. Zumindest die digitale Antragsverwaltung und Online-Meetings gehen so schnell nicht wieder weg.

Als Jugendverband sollten wir die Chancen der Digitalisierung noch stärker nutzen, denn manchmal ist uns selbst die SPD einen Schritt voraus. Dadurch, dass wir an einigen Stellen nicht auf die Infrastruktur der SPD zurückgreifen, existieren für die SPD-Funktionär*innen Angebote, die Juso-Funktionär*innen nicht nutzen können. Insbesondere beim Service für unsere aktiven Mitglieder müssen wir nachlegen. Das reicht von der Bereitstellung des Easy-Mailers auch für Juso-Gliederungen über Zugriff auf Mitgliederdaten bis zu individualisierbaren Druckvorlagen für unsere Materialien.

Natürlich gibt es auch einige Prozesse, die intern einfacher und schneller werden können durch Digitalisierung wie z.B. die Reisekostenerstattung für Teilnehmende unserer Veranstaltungen oder Prozesse in der Zusammenarbeit mit den Landesgeschäftsstellen. Ich möchte mich zudem dafür einsetzen, dass die Richtlinien zur Förderung unserer politischen Bildungsarbeit über den Kinder- und Jugendplan des BMFSFJ modernisiert werden und endlich auch digitale Bildungsmaßnahmen finanziell gefördert werden können.

AUFBAU VON AWARENESS-STRUKTUREN

Beim Thema Awareness haben wir bereits Fortschritte gemacht, so wurden z.B. in den letzten Jahren Awarenesskonzepte für unsere Veranstaltungen erarbeitet. Problematisches Verhalten tritt natürlich nicht nur bei Veranstaltungen auf, dafür haben wir bis heute allerdings keine Lösung. Wir müssen ehrlich ansprechen, dass wir immer noch und immer wieder Menschen in Ämter und damit in Machtpositionen wählen, die vorher bewiesen haben, dass sie keine Macht haben sollten, weil andere Genoss*innen, insbesondere FINTA, darunter leiden. Wir sollten uns bewusst machen, dass wir durch Wegschauen und mangelnde Unterstützung einigen Menschen die Mitarbeit bei uns zur Zumutung oder sogar unmöglich machen.

Wer solche Erfahrungen in einer politischen Organisation macht, zieht sich oft auch ganz zurück aus der politischen Arbeit. Es ist höchste Zeit, dass wir dauerhafte Awarenessstrukturen errichten, an die sich Betroffene jederzeit wenden können. Diese Strukturen müssen sich politischen Abhängigkeiten entziehen und als unabhängig wahrgenommen werden.

GUTE ARBEIT GEHT NUR MIT GUTEN ARBEITSBEDINGUNGEN

Im Juso-Bundesbüro gibt es seit Jahren eine sehr hohe Personalfuktuation, weil wir unseren Ansprüchen an gute Arbeitsbedingungen leider oft selbst nicht gerecht werden. Das hat dazu geführt, dass innerhalb der letzten vier Jahre fast alle Stellen zwei- oder dreimal neubesetzt werden mussten. Neubesetzungen führen nicht nur dazu, dass Stellen teils über Monate unbesetzt sind, sondern sie bedeuten jedes Mal auch den Verlust von Erfahrungswissen. Bis ein*e neue Mitarbeiter*in in einem Job eingearbeitet ist, dauert es 3 bis 6 Monate. Jeder Wechsel führt deshalb in einem so kleinen Büro zwangsläufig immer zu einer geringeren Leistungsfähigkeit für mehrere Monate.

Wir müssen es endlich schaffen unseren Angestellten dauerhaft gute Arbeitsbedingungen zu bieten. Das bedeutet nicht nur die Praxis falscher Eingruppierungen zu beenden, sondern auch eine gute Organisation des Büros und der Zusammenarbeit mit dem ehrenamtlichen Bundesvorstand. Mir ist dabei insbesondere eine wertschätzende Personalführung auf Augenhöhe wichtig, die auf die Bedürfnisse der Mitarbeitenden Rücksicht nimmt und auch in stressigen Zeiten dafür sorgt, dass sie nicht überlastet sind.

FINANZIERUNG DER JUSOS SICHERN

Über Geld spricht man ungern. Wir haben das Thema der Finanzierung unserer politischen Arbeit in den letzten Jahren zu sehr verdrängt, dabei hätten wir uns längst damit intensiver auseinandersetzen müssen. Politische Arbeit kostet sehr viel Geld, insbesondere, wenn wir unserem Anspruch weiterhin gerecht werden wollen, dass wir allen die Mitarbeit bei uns ermöglichen möchten egal in welcher finanziellen Situation sie sich befinden oder ob sie besondere Bedürfnisse haben wie Kinderbetreuung oder Barrierefreiheit.

Die Realität ist, dass die SPD angesichts der sinkenden Mitgliederzahlen seit Jahren Kosten einsparen muss, was vor allem weniger Angestellte bedeutet, aber eben auch geringere Ausgaben für die politische Arbeit. Wir müssen einen ehrlichen Umgang damit finden, weil wir als Teil der Partei davon genauso betroffen sind. Gleichzeitig gilt es aber deutlich zu machen, dass wir keine Arbeitsgemeinschaft sind wie alle anderen. Als Jugendorganisation sind wir wortwörtlich die Zukunft der SPD und in die gilt es zu investieren.

Allerdings müssen wir uns auch selbst stärker damit auseinandersetzen, wie wir uns finanzieren. So werben wir als Bundesverband nicht aktiv für Spenden und bieten nicht einmal die Möglichkeit an, uns finanziell zu unterstützen. Es ist höchste Zeit, das zu ändern, denn wir brauchen uns nicht zu verstecken! Ich bin nicht nur davon überzeugt, dass unsere politischen Ideen die besseren sind, sondern auch davon, dass sie Unterstützung außerhalb unseres Verbands finden. Deshalb sollte es uns auch nicht peinlich sei, aktiv dafür zu werben.

Professionelles Fundraising ist grundlegender Bestandteil jeder nichtkommerziellen Organisation, auch wir sollten dieses Thema angehen. Wer uns und unsere Ideen finanziell unterstützen möchte, soll das tun können! Fundraising kann dabei für uns natürlich nicht die Anbieterung an Unternehmen oder Lobbygruppen bedeuten, um Spenden einzuwerben. Es geht dabei vor allem darum, die Werbung um Unterstützung als integralen Bestandteil unserer Kommunikation zu erkennen.

Nicht jede*r hat die Ressourcen oder das Interesse, sich aktiv in einer politischen Partei zu engagieren, aber es gibt viele Menschen, die zumindest bereit wären, unsere Arbeit finanziell zu fördern. Als Teil der Partei haben wir den Vorteil, dass wir hier auf bereits bestehende digitale Infrastruktur der SPD zurückgreifen können und uns die Expert*innen im Willy-Brandt-Haus dabei unterstützen.

STRUKTUREN MODERNISIEREN

Aktuell erleben wir wieder, wie dysfunktional unsere eigenen Strukturen sind. Während wir der SPD immer wieder zurecht Intransparenz und mangelnde Beteiligung der Mitglieder vorwerfen, sind unsere Abläufe ähnlich, weil wir es versäumt haben, Alternativen zu entwickeln und uns feste und geordnete Prozesse für die Personalauswahl zu geben. Die Älteren unter euch erinnern sich vielleicht, dass dies früher auch schon immer über Strömungen geschah und genauso wenig funktioniert hat. Alle haben nur den Vorteil für die eigene Strömung im Blick, aber niemand den Verband - die Personalauswahl wird zum Strategiespiel, bei dem alle verlieren.

Das Verharren in Strömungslogiken reißt gerade wieder sehr tiefe Gräben zwischen Genoss*innen, alle fühlen sich unfair behandelt und alle haben damit auch Recht, weil es bereits bei der Auswahl der Kandidierenden keine Chancengleichheit gibt. Das letzte Mal, dass ein*e Vorsitzende*r aus einem der kleineren Landesverbände kam, war Niels Annen im Jahr 2001. Und auf das erste Mal, dass eine nicht-weiße Person das Amt innehat, warten wir immer noch. Das kann sich nur ändern, wenn wir den Auswahlprozess von Beginn an konzipieren und nicht so tun als würde er sich auf die Wahlen beim Bundeskongress beschränken.

Mir wurde auch selbst von mehreren Personen geraten, nicht zu kandidieren, weil ich entweder nicht Mitglied im passenden Landesverband bin oder ich es mir mit meiner Kritik an den Strukturen mit den falschen Leuten verscherzt habe. Aber genau das ist eines unserer großen Probleme, das ich mit euch angehen möchte. Bei wem nicht zuerst alle Alarmglocken schrillen, wenn jemand sagt Person X sei nicht wählbar, weil sie aus diesem oder jenen Verband kommt, der ist schon viel zu tief in dieser Logik verfangen. Mit den Scheuklappen der Strömungspolitik merkt man auch nicht mehr, dass genau solches Denken und Verhalten gegenüber den eigenen Genoss*innen viele Menschen davon abschreckt, bei uns mitzuarbeiten.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch explizit sagen, dass ich mich persönlich weder einer Strömung, noch dem Konzept als solches verbunden fühle. Diese dysfunktionalen und satzungsfremden Strukturen gilt es endlich durch ein geordnetes und chancengleiches Verfahren zu ersetzen. Lasst uns zusammen einen offenen und fairen Prozess zur Personalauswahl entwickeln, von dem alle profitieren. Einen Prozess, der nicht nur allen gleichermaßen offensteht, sondern der tatsächlich auch offen ist, weil die Mehrheiten nicht bereits über Strömungen feststehen; der die Mitglieder beteiligt und endlich die Strömungslogik überwindet; einen Prozess, der uns in der Sache streiten lässt und genau dadurch zusammenbringt.

Wir haben selbst erlebt, wie ein solches organisiertes Verfahren bei der Vorsitzendenwahl 2019 nicht nur die SPD zusammengeführt hat, sondern mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans als Parteivorsitzenden auch zu einer guten Personalauswahl und gewonnenen Wahl geführt hat. Damals konnten die Mitglieder auf Regionalkonferenzen miteinander und mit den Kandidierenden diskutieren. Allein schon aus Kostengründen ist das nicht einfach so übertragbar, aber die Idee dahinter lässt sich natürlich auf uns übertragen. Ein solcher Prozess mit einem festen Rahmen bietet allen Kandidierenden die Möglichkeit, sich gleichermaßen vorzustellen und ihre Inhalte mit den Mitgliedern zu diskutieren. Anstatt demokratische Mitgliederbeteiligung als einmalige Ausnahme und letzte Zuflucht zu sehen, sollten wir sie endlich auch bei uns als Chance begreifen und als festen Bestandteil in unsere Arbeit integrieren. Das heißt aber eben auch, den Mitgliedern mehr zuzutrauen und ein Stück mehr Demokratie und damit Unsicherheit über das Ergebnis zuzulassen. Mehrere Kandidierende für eine Position werden dann vielleicht zur Normalität und „Kampfkandidaturen“ einfach nur zu Wahlen.

POLITIK FÜR JUNGE MENSCHEN DURCHSETZEN

Um unsere politischen Forderungen besser zu realisieren, bedarf es eines stärkeren strukturellen Einflusses der Jusos sowohl in der Partei als auch bei den Mandatsträger*innen. Mit dem Einzug von damals noch 49 Jusos in

den Bundestag haben wir die Grundlage dafür geschaffen, unsere Forderungen auch im Parlament stärkeres Gewicht zu verleihen. Mittlerweile stellen wir mit Emily Vontz sogar die jüngste Bundestagsabgeordnete. Die Zusammenarbeit zwischen uns als Verband und den Juso-Abgeordneten sowie der Parlamentarischen Linken sollten wir intensivieren, strukturell verstetigen und Formate für einen stärkeren Austausch finden. Hier bietet sich nicht nur das Potenzial, noch stärker ganz konkrete Politik durchzusetzen, sondern auch zusammen mit unseren Juso-Abgeordneten nach außen stärker zu zeigen, dass wir nicht nur für Politik für junge Menschen, sondern auch für Politik von jungen Menschen stehen.

Gleichzeitig gilt es innerparteilich Einfluss zu sichern und teilweise auch wieder zu gewinnen. Wir fokussieren uns dabei bisher vor allem auf die Fragen der grundsätzlichen Außenkommunikation des Verbands, der Repräsentation durch Mitglieder des Bundesvorstands sowie die Diskussion über die Wahl der für uns wichtigsten Themen. Diese sind zweifellos sehr wichtig, allerdings vernachlässigen wir schon zu lange, dass wir schlicht und einfach auch wieder mehr Jusos werden müssen.

Es scheint als hätten wir uns an den stetigen Mitgliederverlust gewöhnt und nehmen ihn als unaufhaltsamen Lauf der Dinge hin. Ich möchte mit euch dafür kämpfen, diesen Mitgliederverlust nicht einfach nur zu stoppen, sondern als Verband endlich wieder zu wachsen. Das Durchschnittsalter der SPD Mitglieder liegt bei unglaublichen 61 Jahren und steigt weiter an, wir liegen dort auf einem Level mit der CDU. Als Jusos sind wir zahlenmäßig ganz klar die Minderheit in der SPD und das Gewicht verschiebt sich stetig weiter in Richtung der Älteren. Wenn wir als Jugendorganisation in der SPD nicht weiter an Bedeutung verlieren und als politischer Jugendverband in der Fläche vertreten bleiben möchten, dann müssen wir uns endlich intensiver und kontinuierlich der Frage widmen, wie wir mehr junge Menschen davon begeistern, sich bei uns einzubringen. Mitgliederwerbung muss zum festen Bestandteil all unserer Kampagnen werden, wir müssen unseren Gliederungen besser das nötige Know-how vermitteln und wir müssen uns auch ausführlich und professionell damit auseinandersetzen, warum uns Mitglieder wieder verlassen und wie wir sie als Genoss*innen bei uns halten können. Das heißt natürlich auch, dass wir offen für Veränderungen in unserer Arbeitsweise sein müssen, um wieder attraktiver für junge Menschen zu werden.

Ich will mit euch und den Expert*innen im Bundesbüro daran arbeiten, dass wir es schaffen, uns aus dem lähmenden Status quo zu befreien und die Abwärtsspirale unserer Mitgliederzahl zu beenden. Ich bin voll und ganz davon überzeugt, dass wir die besten Ideen und Personen haben, lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass das ganz viele junge Menschen genau so sehen.

ÜBER MICH

Ich bin 31 Jahre alt, lebe seit 2020 in Berlin und arbeite seitdem im Juso-Bundesbüro, wo ich mich um die Organisation von Großveranstaltungen und politischen Kampagnen kümmere. Entsprechend kenne ich mich mittlerweile auch mit den Abläufen im Bundesbüro und im Willy-Brandt-Haus bestens aus und bin, wenn ihr möchtet, bereit angesichts des Europawahlkampfes direkt ab Tag 1 durchzuzustarten.

Ich habe an der Universität Mainz einen Bachelor in Politikwissenschaft und Publizistik sowie an der Universität Bamberg einen Master in Politikwissenschaft gemacht, wobei mein Schwerpunkt auf politischer Soziologie sowie Wahl- und Parteienforschung lag. Ursprünglich komme ich aus einem kleinen Dorf im Saarland, wo ich 2008 in die SPD eingetreten bin und von 2011 bis 2017 Vorsitzender des Juso-Kreisverbands Merzig-Wadern war. Anschließend war ich bis 2019 Sprecher der Juso-Hochschulgruppe Bamberg und Mitglied des Studierendenparlaments. Seit ich in Berlin lebe, habe ich keine Juso-Funktion mehr inne. Auf Instagram findet ihr mich als **@alpakaboi**.



TERESA KUGELMEIER LOPEZ

KANDIDATUR ALS JUSO-BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERIN

LIEBE JUSOS,

wir leben in bewegten Zeiten und scheinen von einer Krise in die nächste zu stolpern. Strukturelle Ungerechtigkeiten, die wir als Verband schon seit Jahren erkannt haben, treten durch Covid, die Klimakrise und die Inflation in einem neuen Licht hervor. Und schließlich befinden wir uns in einem noch heftigeren Kampf gegen die Neue Rechte, die immer mehr Deutungshoheit im politischen und gesellschaftlichen Kurs erlangt. Als Jungsozialist*innen sind wir jetzt gefragt! Im November kommen wir wieder zu unserem Bundeskongress zusammen.

Ich möchte euch meine Erfahrung, Überzeugung und Motivation anbieten und kandidiere deshalb als Bundesgeschäftsführerin. Europa und unsere Demokratie ist in Gefahr - kämpfen wir gemeinsam!

Europa und unsere Demokratie ist in Gefahr- kämpfen wir gemeinsam!

Als eure neue Bundesgeschäftsführerin möchte ich meine Erfahrungen nutzen, denn vor uns liegt die wohl schwierigste Europawahl in der Geschichte. Bei den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen fordern

unsere Genoss*innen zu Recht unsere breite Solidarität und Unterstützung ein. Angesichts des aktuellen Rechtsrucks ist eine starke, laute und linke Stimme in der Gesellschaft wichtiger denn je. Die Antworten der Rechten mögen oberflächlich einfach erscheinen, aber wir bieten echte Lösungen.

Gemeinsam mit einem starken Jusos-Verband möchte ich die anstehenden Wahlen gewinnen und den Rechten den Kampf ansagen. Ich bin überzeugt: Unser Verband hat das Potenzial, inhaltlich starke, organisatorisch gut vorbereitete und mobilisierende Kampagnen und Wahlkämpfe zu gestalten. Daher wird ein Schwerpunkt meiner Arbeit in der Organisation dieser Wahlkämpfe liegen, gemeinsam mit dem Bundesvorstand, den Landesverbänden und den Bezirken. Besonders wichtig ist es mir, junge Wähler*innen mit kreativen Kampagnenmaterialien anzusprechen und unsere Inhalte zu vermitteln. Für die Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen möchte ich eine effektive Kampagne gegen rechts in Zusammenarbeit mit den Ostverbänden organisieren, die zeigt, dass die AfD hier keinen Platz hat. Zusätzlich strebe ich an, eine Zukunftsvision für Europa zu entwickeln, die die realen Probleme angeht und Menschen von der europäischen

Idee begeistert. Weiterhin möchte ich dafür Sorge tragen, dass Jusos weiterhin in unsere Parlamente gewählt werden. Das geht nur, wenn wir den Kontakt zu unseren Bündnispartner*innen und zu sozialen Bewegungen intensivieren und pflegen. Dafür ist viel Planung und Organisation notwendig, die ich gemeinsam mit den Kolleg*innen im Bundesbüro leisten werde.

Diese Welt muss unsere sein!

Als migrantisierte Frau sind mir die Gleichstellung aller Geschlechter und intersektionaler Feminismus besonders wichtige Anliegen, weshalb ich mich im Netzwerk Feministische Außenpolitik engagiere. Mein inhaltliches Interesse für grundlegende Fragen der Gerechtigkeit kann ich auch in meiner Arbeit im Bundesgesundheitsministerium einbringen. Dort bin ich hauptsächlich an der Koordinierung hochrangiger Veranstaltungen für den Minister, die Staatssekretär*innen und andere Vertreter*innen der deutschen Politik beteiligt. Gleichzeitig schreibe ich meine Dissertation im Bereich internationaler Gesundheitspolitik, da ich überzeugt bin, dass internationale Krisen keine Grenzen kennen.

Die Tatsache, dass unser Verband seinem Grundwert Feminismus auf Bundesebene besondere Strukturen widmet, erfüllt mich mit Stolz, aber wir müssen noch mehr tun! Als eure neue Bundesgeschäftsführerin wäre es mir ein Herzensanliegen, meine Begeisterung, mein Netzwerk und meine Erfahrung in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand und euch als Verbänden einzubringen, insbesondere bei der Etablierung von Awarenessstrukturen.

Gemeinsam sind wir stark!

Als Bundesgeschäftsführerin wird es meine Aufgabe sein, die Jusos organisatorisch zu leiten, den Bundesvorstand in seiner Arbeit zu unterstützen und jederzeit in enger Zusammenarbeit mit meinen Kolleg*innen im Bundesbüro für den gesamten Verband erreichbar zu sein.

Deshalb lege ich großen Wert auf einen engen Austausch mit dem Team und den ehrenamtlichen Vorständen. Regelmäßige Teambesprechungen, effiziente und schnelle Büroabläufe sowie eine offene Feedbackkultur sind meiner Überzeugung nach entscheidend für ein funktionierendes Team. Als Bundesgeschäftsführerin werde ich mich dafür einsetzen, dies zu gewährleisten. Ich möchte die individuellen Stärken meiner Kolleg*innen bestmöglich fördern und Raum für ihre Ideen schaffen. Gleichzeitig ist es mein Ziel, allen die Möglichkeit zu bieten, strukturiert zu arbeiten und bei Problemen stets ein offenes Ohr zu haben. Niemand sollte sich scheuen, Kritik offen zu äußern.

In Zukunft möchte ich den Bundesverband und die gesamte Basis enger miteinander verknüpfen. Daher plane ich,

mich regelmäßig mit den Gliederungen unseres Verbandes über die Herausforderungen vor Ort auszutauschen. Gemeinsam haben wir die Möglichkeit, voneinander zu lernen, Synergien zu schaffen und die verschiedenen organisatorischen Herausforderungen in Ost und West, in der Stadt und auf dem Land zu bewältigen. Neben unseren Kampagnen sind die Veranstaltungen des Bundesverbandes ein zentrales Anliegen. Um bestmögliche Bildungsarbeit für alle Mitglieder im Verband zu gewährleisten, ist eine gut organisierte Veranstaltungsstruktur von großer Bedeutung. In Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand und dem Bundesbüro werde ich innovative Veranstaltungsformate entwickeln, um die Vielfalt unserer Mitgliedschaft anzusprechen, zu aktivieren und einzubeziehen. Mir ist dabei eine transparente Kommunikation mit dem Verband und eine klare Planungssicherheit hinsichtlich unserer Veranstaltungen und des Verbandslebens auf Bundesebene wichtig. Ich stehe für einen inklusiven Verband, der bestmöglich für unsere ehrenamtlichen Mitglieder da ist und ein Bewusstsein für strukturelle Benachteiligungen und die Vielfalt der Jusos fördert. Daher werde ich mich für ein strukturelles Empowermentprogramm für Unterbezirke und Kreisverbände einsetzen, das unser Verbandsfundament stärkt.

Über mich:

Geboren im Jahr 1992 wanderte ich mit meiner Familie im Alter von drei Jahren von Spanien nach Deutschland ein. Schon meine Großeltern kamen als Gastarbeiter in den 60ern nach Deutschland. Hier lernte ich Deutsch als meine Zweitsprache und darf mich seit 2022 Berlinerin nennen. Durch meine eigene Migrationsgeschichte weiß ich, wie wichtig es ist, den Zusammenhalt und die Offenheit in unserer Gesellschaft zu fördern. Diese Werte liegen mir am Herzen, weshalb es 2017 für mich eine logische Entscheidung war, der SPD beizutreten. Während meines Studiums der Politikwissenschaften und der Europastudien zog es mich 2018 von Frankfurt nach Brüssel. Während meiner Zeit dort konnte ich insbesondere bei der Europawahl 2019 Erfahrungen im Kampagnenmanagement sammeln und den Wahlkampf der Partei der Europäischen Sozialistinnen und Sozialdemokratinnen aktiv mitgestalten. Mein dadurch entstandenes breites Netzwerk sowie meine Kenntnisse in Kampagnenorganisation und Durchführung begleiten mich bis heute. Ich freue mich auf eure Ideen und Vorstellungen für den Verband! Schon jetzt bin ich für eure Anliegen erreichbar und freue mich auf die Diskussionen zur Zukunft unseres Verbandes.

Solidarische Grüße

Teresa



NORA A. SIMON

KANDIDATUR ALS JUSO-BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERIN

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

ich kann mich noch erinnern, als wir Saskia und Norbert 2019 zu unseren Parteivorsitzenden gewählt haben. Damals haben wir als Jusos die Partei verändert und die **Erneuerung nicht abgewartet, sondern selbst geschaffen**. Das gelang uns mit starker Organisation und Jusos in der Fläche. Dass jetzt so viele junge Abgeordnete im Bundestag sitzen, ist kein Zufall, sondern euer Verdienst.

Das allein reicht jedoch nicht. Die ausgerufene Fortschritts-Koalition ist von Krisen durchschüttelt und bisher stark hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben. Anstatt Löhne rauf, Mieten runter und humaner Geflüchtetenpolitik, haben wir Schuldenbremse, Sparhaushalt und Abschiebehaft bekommen. Die Naziartei AfD ist in Umfragen bundesweit die zweitstärkste Kraft und findet auch bei jungen Menschen zunehmend Anklang. Für mich ist klar, so kann es nicht weitergehen. Wir Jusos werden dringender denn je gebraucht.

Die Jusos als Bollwerk gegen Rechts, als Antreiber linker Politik und Korrektiv innerhalb der SPD. Dies möchte ich

von hauptamtlicher Seite mit Euch vorantreiben. Mein Motto ist dabei: **“Nichts ist langweiliger, als ein Streit, der nicht geführt wird”**. Damit wir wieder mehr um Politik und Inhalte streiten, möchte ich gemeinsam mit Euch im Bundesbüro einiges umsetzen:

Im kommenden Jahr stehen drei wegweisende **Landtagswahlen in Ostdeutschland** an. Als Gesamtverband gilt es, die Jusos vor Ort mit allen Kräften zu unterstützen. Während meiner Zeit in Thüringen habe ich Genoss*innen erlebt, die unter vielerorts widrigen Umständen immer wieder gegen Faschist*innen kämpfen und auf die Straße gehen. Für alle Ostverbände mit anstehenden Landtagswahlen gilt: **Ihr werdet unsere volle Solidarität und Unterstützung erhalten.**

Als **überzeugte Internationalistin** werde ich meine langjährige Wahlkampf Erfahrung auch bei der Europawahl einbringen. Dieses Mal darf zum ersten Mal in Deutschland ab 16 gewählt werden. Wir werden eine eigene Europakampagne mit zeitgemäßen Tools entwickeln, um gerade diese Neuwähler*innen zu erreichen und euch vor Ort bei dem anstehenden **Europawahlkampf** mit dem Bundesbüro bestmöglich beiseite zu stehen.

Grundlage erfolgreicher Kampagnen ist aber auch eine möglichst reibungslose Infrastruktur und Organisation. Das heißt für mich auch **Digitalisierung als selbstverständlichen Teil** der Verbandsarbeit zu etablieren und beispielsweise ein digitales Beschlusswiki einzuführen, in denen alle Mitglieder unsere Beschlusslagen nachschlagen können, oder digitale Fahrtkostenabrechnungen zu ermöglichen, damit das Geld noch schneller und unkomplizierter wieder bei Euch auf dem Konto ist.

Wir werden zudem die **Bildungsarbeit** neu aufstellen und weiterentwickeln. Ich möchte ein konkretes Konzept zur Grundlagenausbildung und Vertiefungsmodulen bereitstellen, das für verschiedene Ebenen und Anlässe unkompliziert adaptierbar ist sowie online, als auch offline umgesetzt werden kann. Gemeinsam mit dem Juso-Bundesvorstand möchte ich moderne, innovative und abwechslungsreiche Formate ausarbeiten, die **intern bilden und extern Wirkkraft haben**.

Wir sind ein diverser Verband. Unser Verband muss daher ein Ort sein, in dem sich alle sicher fühlen und die Möglichkeit haben, sich einzubringen. Dabei haben wir noch Nachbesserungsbedarf! Wir werden unsere **Awarenessarbeit** sowie **antirassistische, feministische und queere Arbeit** noch konsequenter angehen, aber auch weiter unsere Verbandsarbeit reflektieren und umstellen, damit auch Auszubildende, Berufstätige oder junge Eltern geringeren Hürden gegenüberstehen sich im Verband zu engagieren.

Mehr Informationen zu den Plänen für unseren Verband sind im 10 Punkte Programm von Philipp und mir zu finden. Diese konkreten Vorhaben sollen natürlich parallel zur Umsetzung des Arbeitsprogramms erfolgen.

In über zehn Jahren bei den Jusos und der SPD habe ich schon einiges erleben und anpacken können. Angefangen von der Hochschulpolitik bis hin zur Unterbezirks- und Bezirksarbeit, vom Ortsverein bis zur Geschäftsstelle und zum örtlichen Europabüro. Nach meinem Studium der Volkswirtschaftslehre sowie Wirtschafts- und Stadtgeographie habe ich zunächst in der Thüringer Landesverwaltung gearbeitet. Mittlerweile bin ich in einem Beratungsunternehmen im Bereich des öffentlichen Sektors tätig und kümmere mich darum, dass nicht nur unsere Großstädte mit schnellem Internet versorgt sind. Jetzt aber ist für mich die Zeit gekommen, meine politische Heimat wieder zu meiner beruflichen zu machen.

Ich bin Nora. Ich bin überzeugte Feministin, Sozialistin, Europäerin und möchte Eure Bundesgeschäftsführerin werden.

Es liegt viel Arbeit vor uns, aber in dieser Zeit des Wandels bin ich entschlossen, die bevorstehenden Herausfor-

derungen in erfolgreiche Chancen zu verwandeln. Ich bin bereit, mich mit vollem Einsatz für den Erfolg der Jusos einzusetzen, um unsere Stärke zu bewahren, unsere Verbandsarbeit modern aufzustellen und die gesamte Partei progressiver zu machen.

All dies möchte ich mit Euch auf unserer gemeinsamen Reise umsetzen. Dazu bitte ich um Euer Vertrauen auf dem diesjährigen Bundeskongress in Braunschweig.

Gemeinsam können wir die Zukunft gestalten. Lasst uns dazu nur mutig sein!



JOHANNES BARSCH

KANDIDATUR ALS STELLVERTRETENDER JUSO-BUNDESVORSITZENDER

LIEBE GENOSS*INNEN,

ich schreibe euch heute, weil ich weiter für unseren Verband arbeiten will und deswegen auf dem Bundeskongress erneut als stellvertretender Bundesvorsitzender kandidiere. Ich bin der festen Überzeugung, dass die immensen Probleme und Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft aktuell steht, nur durch eine starke und linke Sozialdemokratie und durch eine Politik antikapitalistischer Strukturreformen bewältigt werden können. Hierfür ist ein starker, lauter und selbstbewusster Juso-Bundesverband unverzichtbar. Ich möchte in den nächsten zwei Jahren meinen Beitrag dazu leisten, dass wir wieder lauter, stärker und mutiger als Jusos in der Partei und der Gesellschaft auftreten. Dabei sind mir neben vielen anderen Themen, zwei Bereiche besonders wichtig:

SCHLUSS MIT DER ARMUT! - DIE VERTEILUNGSFRAGE IN OST UND WEST STELLEN!

Wir leben in einem Staat, in dem die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung 67 Prozent des gesamten gesellschaftlichen Vermögens kontrollieren und zwei Familien über mehr Geld verfügen als die gesamte untere Hälfte

der Bevölkerung. Die Ärmsten zehn Prozent besitzen hingegen nicht nur nichts, sie sind überschuldet. Diese Ungleichheit ist nicht nur himmelschreiend ungerecht, sie gefährdet unsere Demokratie, weil sie gefährliche Machtungleichgewichte schafft. Gleichzeitig liegt die Armutsquote in der BRD mittlerweile bei 16,9 Prozent. Die Kinderarmutsquote liegt bei unfassbaren 21,3 Prozent. Das bedeutet, dass in einem der reichsten Industrieländer dieser Erde mehr als jedes fünfte Kind in Armut lebt.

Es ist eine Schande für unsere Gesellschaft und es ist ein politischer Skandal, dass wir es trotz des immensen Reichtums, der vorhanden ist, nicht schaffen, sicherzustellen, dass niemand in Armut lebt. Als Jusos muss es unsere Aufgabe sein, diesen Skandal sichtbar zu machen und auf die politische Tagesordnung zu setzen. Wenn niemand auf der politischen Bühne sich für diese Zustände zu interessieren scheint, dann muss es unsere Aufgabe sein, diese wieder zum wichtigsten politischen Thema zu machen. Wir müssen laut und kompromisslos für ein armutsfestes System sozialer Sicherungen streiten: Für eine Kindergrundsicherung, die diesen Namen verdient, für ein Rentensystem, das tatsächlich einen Ruhestand in Würde und erarbeiteten Wohlstand ermöglicht, für

ein BAföG, von dem man gut leben kann und vieles mehr.

Die ökonomischen Ressourcen für all diese Ziele sind vorhanden. Sie liegen lediglich in der Hand sehr weniger Menschen mit sehr spezifischen Merkmalen. Der typische Multimillionär in der BRD ist über 50, männlich, weiß, cis, heterosexuell und westdeutsch. Genau umgekehrt sieht das Gesicht der Armut aus: FINTA, BIPOC, queere Menschen, aber auch junge Menschen und Menschen in Ostdeutschland sind besonders oft von Armut betroffen. Hieraus folgt: Konsequente Umverteilungs- und Sozialpolitik ist das politische Werkzeug, um eine Vielzahl unterschiedlicher Kämpfe gegen verschiedenste Formen der Unterdrückung zusammenzuführen. Ich möchte, dass wir diese Erkenntnis in das Zentrum unseres politischen Handelns stellen.

DIE BRANDMAUER IST VERLOREN - ZEIT FÜR EIN GEGENFEUER

Der offene Faschismus ist zurück. Rechtsradikale, demokratiefeindliche, illiberale und menschenfeindliche Positionen sind auf dem Vormarsch. Ich glaube, wir Jusos brauchen dringend eine klare Analyse der Frage, wie es rechtsradikaler und menschenfeindlicher Ideologie gelungen ist, in die Breite der Gesellschaft einzudringen.

Meiner Auffassung nach gibt es hier einen Zusammenhang mit jahrzehntelangen Strukturverlusten und den aktuell um sich greifenden multiplen Krisen. Die kapitalistische Produktionsweise und der real existierende Neoliberalismus haben nicht nur ökonomische Verwerfungen, sondern auch ein feindliches gesellschaftliches Klima geschaffen. Dieses ist geprägt durch Vereinzelung und rücksichtslosen Wettbewerb. In diesem Klima werden marginalisierte Gruppen durch rechte Hetze und geschürten Hass gegeneinander ausgespielt. Diese fatale gesellschaftliche Entwicklung wird durch die multiplen gesellschaftlichen Krisensituationen verschärft, weil der wiederholte Krisenmodus zivilgesellschaftlich-demokratische Abwehrkräfte geschwächt hat. Als Teil der demokratischen, gesellschaftlichen Linken ist es unsere Pflicht, diesen Entwicklungen entgegenzutreten. Wir tragen dabei eine besondere Verantwortung:

Nachdem weite Teile des sogenannten bürgerlichen Lagers, insbesondere erhebliche Teile der CDU/CSU und der FDP den Grundkonsens freiheitlich-demokratischer Positionen verlassen haben und faschistisches Gedanken-gut durch rechtspopulistische Ausfälle und Kooperation legitimieren, ist die Sozialdemokratie die einzige politische Kraft, die ein erneutes Abgleiten unserer Gesellschaft in den Faschismus noch verhindern kann. Allerdings scheinen sich weite Teile unserer Partei hierüber nicht bewusst. Es wird also unsere Aufgabe als Verband sein, die SPD programmatisch, strukturell und personell auf diese Situation vorzubereiten. Es ist die dringende Zeit, ein Gegen-

feuer zu entzünden!

Wir müssen den antifaschistischen Kampf auf der Straße und in den Parlamenten intensivieren. Wir müssen breite Bündnisse mit allen schmieden, die sich noch nicht ergeben haben und wir müssen unverrückbare Positionen auf der Grundlage eines positiven Menschenbildes und eine unmissverständliche Haltung für universelle Menschenrechte, ein globales Recht auf Migration und für die Ablehnung jeder Form von Menschenfeindlichkeit einnehmen. Wir werden die Diskursverschiebung nach rechts nicht weiter hinnehmen. „Kein Fußbreit dem Faschismus!“ ist für uns mehr als eine Losung, sie ist Kernbestandteil unserer politischen Identität. Ich möchte, dass wir aus dieser Überzeugung die Kraft nehmen, um unsere Demokratie und die Geltung der Menschenrechte in unserer Gesellschaft zu verteidigen!

IN ALLER KÜRZE ZU MIR:

Ich bin Johannes, 29 Jahre alt und komme aus Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern. Ich bin seit 2011 bei den Jusos aktiv und durfte bereits auf vielen Ebenen für unseren Verband arbeiten. Im aktuellen Bundesvorstand habe ich unter anderem das Projekt zur sozialistischen Steuerpolitik und das Sonderprojekt Grunderbe betreut. Seit 2021 arbeite ich als Rechtsanwalt mit Tätigkeitsschwerpunkten im Steuer-, Abgaben- und Wirtschaftsstrafrecht.

LIEBE GENOSS*INNEN,

ich werbe hiermit um eure Unterstützung und euer Vertrauen auf dem Bundeskongress und für die nächsten zwei Jahre. Gerne stehe ich euch für Fragen zu mir und meinen Inhalten zur Verfügung.



AUDREY DILANGU

KANDIDATUR ALS STELLVERTRETENDE JUSO-BUNDESVORSITZENDE

LIEBE JUSOS,

in der aktuellen Zeit erleben wir die Zementierung großer Krisen - sowohl national als auch international. Der Ursprung dieser Krisen liegt im Kapitalismus. Diesem geht es gut, solange er sich von der Ausbeutung der Arbeiter*innen weltweit, vom stetig wachsenden strukturellen und institutionellen Rassismus, einer eklatanten Klimakrise und der unerbittlichen Ausbeutung natürlicher Ressourcen ernähren kann. Dem Kapitalismus den Kampf anzusagen ist nicht nur ein analytisches Credo, das sich durch all unsere Grundwerte zieht. Es ist die Philosophie, die uns Jungsozialist*innen als Handlungsmaxime dient, um eine gerechtere Welt zu schaffen. Mit meiner Kandidatur als stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende möchte ich diesen Kampf gemeinsam mit dem Gesamtverband führen, gemeinsame jungsozialistische Visionen erarbeiten und diese dann auch Realität werden lassen! Denn eins muss klar sein: Der politische Kurs der kommenden Jahre ist ausschlaggebend dafür, in welcher Welt wir leben wollen und inwiefern es uns gelingt, jungsozialistische Strategien der Krisenbewältigung in die Parlamente und Gesellschaft zu tragen.

„WÄRE ICH NICHT ARM, WÄRST DU NICHT REICH.“ - WIR BRAUCHEN EINEN STARKEN SOZIALSTAAT, DER ALLE MITDENKT!

Seit der Jahrtausendwende beobachten wir, wie Sozialstaatsprinzipien verletzt werden und der Sozialstaat massiv abgebaut wird. Vor allem die Corona-Pandemie hat zuletzt deutlich gemacht, dass massive Investitionen in den Ausbau des Sozialstaats nötig sind. Die wachsenden Armuts- und Arbeitslosenquoten in diesem Land sind aber kein vorübergehendes Phänomen, sie sind Resultat der langjährigen Neoliberalisierung des Sozialstaats. Während Lindner jeden Cent in der Tasche hält, um seinem Sparfeisch der schwarzen Null nachzugehen, steigt die Verarmung der Menschen, insbesondere in strukturschwachen Regionen, rasant an. Besonders die Kinderarmut erreicht ein Rekordhoch. Die Kindergrundsicherung - als Mittel und Reformprozess eines gerechteren und modernen Sozialstaats - ist eine langjährige Juso-Forderung, die nun auch ihren Weg zur politischen Umsetzung finden wird. Aber auch hier wird deutlich zu wenig Geld in die Hand genommen, um ein schlagkräftiges Instrument gegen Kinderarmut ins Leben zu rufen.

Als Tochter einer alleinerziehenden Migrantin und Arbeiterin weiß ich von klein auf, was fehlende Teilhabe und ein Aufwachsen sowie Leben in Armut bedeuten. Kinder- und Jugendliche, die in Armut aufwachsen, haben nicht die gleiche Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, wie andere Kinder. Wenn ein Kind in Armut aufwächst, so ist es auch nach der Kindheit in allen fortführenden Lebensbereichen von diesen Erfahrungen geprägt und muss sich trotz dieser ungleichen Chancen durchkämpfen. Aufgabe eines modernen Sozialstaats muss es sein, diesen Facetten von Chancenungerechtigkeit entgegenzuwirken. Schon nach zwei Jahren Ampel ist klar: mit Neoliberalen ist kein gerechter Sozialstaat zu machen, erst recht kein moderner und in seiner Politik emanzipatorischer. Lasst uns gemeinsam und mit Blick auf unsere jungsozialistischen Grundwerte den Sozialstaat der Zukunft konzipieren! Lasst uns mutig sein und emanzipatorische Politik umsetzen! Dafür müssen wir lautstark über die Finanzierung unseres jungsozialistischen Sozialstaats reden - und darüber, wie wir ihn möglich machen mit mehr Einkommensgerechtigkeit, mehr Vermögensgerechtigkeit und der dazu notwendigen massiven Umverteilung!

Zur Analyse gehört auch, dass ein moderner und gerechterer Sozialstaat alle Menschen mitdenken muss! Seit Beginn meiner politischen Arbeit kämpfe ich für die Abschaffung des rassistischen Asylbewerber*innenleistungsgesetz, das nun schon seit 30 Jahren spezifische Leistungen für asylsuchende und geduldete Menschen regelt. Die Leistungen liegen unter den Regelsätzen des Bürger*innengelds und führen somit unweigerlich zu einem Leben unter dem Existenzminimum. Für mich ist klar: das rassistische Sondergesetz gehört abgeschafft! Gerechtere wäre, die Leistungen Schutzsuchender nach dem regulären Sozialhilfesystem zu regeln, also gemäß dem Bürger*innengeld. In Zeiten, in denen Rechte und Neoliberale eine massive Verschlechterung der Lebensbedingungen Schutzsuchender fordern, ist es unsere Aufgabe, diesen rassistischen Kurs aufzuhalten und den Sozialstaat anti-rassistisch auszubauen.

WIR BRAUCHEN EINE ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK, DIE AUF MENSCHEN BLICKT - UND NICHT GETRIEBEN IST VOM MARKT UND VON RASSISMUS.

Anders als wir es uns erhofft haben, ist der Kurs der Ampelregierung und auch des SPD-geführten Innenministeriums kein echtes Korrektiv der inhumanen Asyl- und Migrationspolitik der letzten Jahre. Vielmehr wird an vielen Stellen durch die geplante Abschiebeoffensive und der Zustimmung zur GEAS-Reform der Kurs der letzten Jahre fortgeführt. So beobachten wir auf der einen Seite migrationspolitische Öffnungen, wie zum Beispiel das Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Auf der anderen Seite wird aber die Kriminalisierung Schutzsuchender fortgeführt. Auch bleibt die Frage unbeantwortet, wie wir Schutzsuchende in unserem Land besser verteilen und ihnen von Beginn an eine echte Bleibe- und Teilhabeperspektive bieten können. Insbesondere die Verteilungsfrage von Schutzsuchenden wird immer wieder mit dem Auffangen irregulärer Migration in Verbindung gesetzt. Dabei fehlt bislang der Wille, sich mit neuen Arten der Verteilung und einer umfänglichen finanziellen Entlastung der Kommunen auseinanderzusetzen. Im Bundesvorstand möchte ich mich genau diesen Fragen widmen. Auf Bundesebene will ich an jungsozialistischen Ideen und Forderungen für eine progressive Asyl-Migrationspolitik arbeiten. Das heißt konkret, dass wir die kommenden migrationspolitischen Debatten so angehen, dass wir über Menschen sprechen - mit Individualität, mit Würde und losgelöst von ihrer Verwertbarkeit in unserem kapitalistischen System. Schluss mit der Ausbeutung und Entrechtung Schutzsuchender und Migrant*innen!

HER MIT DEM GUTEN LEBEN - KOMMUNALE DASEINSVORSORGE STÄRKEN!

Als Kommunalpolitikerin weiß ich nur zu gut, was leere Kassen und Haushaltssicherung konkret bedeuten. Das heißt in der Kommune: kaputte Schulen, zu wenige Jugendsozialarbeiter*innen, marode Schwimmbäder und geschlossene Jugendzentren. In den Kommunen soll aber das gute Leben vor Ort gestaltet werden! Kommunen, die unter der Altschuldenlast leiden und aufgrund fehlenden Personals nicht einmal ihren Pflichtaufgaben nachgehen können, können diesem gestalterischen Anspruch nicht nachgehen. Im Bundesvorstand möchte ich den Blick auf die Kommunen verschärfen! Denn ob es um die Schaffung sozialen Wohnraums geht, um die Kommune als Ankunfts- und Lebensort für Schutzsuchende oder um Investitionen in die Infrastruktur der Daseinsvorsorge - in den Kommunen wird maßgeblich die Zukunft gestaltet! Lasst uns flächendeckend die Altschuldenfrage angehen und die Kommunen endlich wieder dazu befähigen, gute Orte zum Leben zu gestalten!

LIEBE JUSOS,

mein Herz schlägt für die Sozial-, Asyl- und Migrationspolitik. Ihr wisst jetzt, wofür ich mich in den kommenden Jahren einsetzen möchte. Vor uns stehen wichtige Monate und Jahre. Unsere Mutterpartei verfängt sich zunehmend in einem Stillstand - besonders bei meinen drei Herzenthemen bleibt der vor der Wahl angekündigte Kurswechsel weitestgehend aus. Wir Jusos haben uns schon immer als Korrektiv der Mutterpartei verstanden. Mit euch gemeinsam will ich in den kommenden Jahren die SPD Tag für Tag in Richtung emanzipatorischer Politik treiben. Dafür will ich um eure Unterstützung werben!

Eure Audrey

ÜBER MICH

Mein Name ist Audrey, ich bin 28 Jahre alt und studiere im Master Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Stadt- und Regionalentwicklung. Ich bin seit 2015 bei den Jusos aktiv und war drei Jahre im Landesvorstand der NRW Jusos und möchte mich nun für den Bundesvorstand bewerben. Falls ihr dazu Rückfragen oder Impulse habt, meldet euch immer gerne bei mir.

Mail: audreydilangu@gmail.com

Instagram: [audreydilangu](https://www.instagram.com/audreydilangu)



BIRKAN GÖRER

KANDIDATUR ALS STELLVERTRETENDER JUSO-BUNDESVORSITZENDER

LIEBE GENOSS*INNEN,

Selten standen die Zeichen für linke Kräfte gut, um Politik zu machen. Auch heute gibt es für uns keinen Grund zur Bequemlichkeit. Der Kampf gegen Rechts, die steigende Vermögensungleichheit, das Erstarken antidemokratischer Parteien, Fluchtbewegungen – ob durch den Klimawandel, als Folge von Kriegen wie dem in der Ukraine oder wegen globaler Ungerechtigkeiten – sind nur einige der andauernden Herausforderungen.

Trotz dieser unbequemen Situation ziehen wir Jusos uns nicht zurück, sondern folgern aus den aktuellen Problemen: wir werden gebraucht! Wir Jusos können und müssen unseren Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderung leisten und setzen uns überall ein für

- **starke und stabile sozialistische und sozialdemokratische Kräfte,**
- **den bedingungslosen Kampf gegen Ungleichheiten sowie für die Schwächsten unserer Gesellschaft und**
- **eine enge Anbindung zu zivilgesellschaftlichen Organisationen.**

Dazu möchte ich gerne weiterhin meinen Beitrag leisten und würde mich freuen, wenn ihr mir das Vertrauen gebt, euch für weitere zwei Jahre im Juso-Bundesvorstand zu vertreten.

FERN VON EINER PROGRESSIVEN INNENPOLITIK

Gerade im Hinblick auf die Innenpolitik sind sozialdemokratische Vertreter*innen meilenweit davon entfernt als progressiv bezeichnet werden zu können. Vielmehr führen sie das Verständnis von einer Innenpolitik konservativer Kräfte fort und wenden insbesondere Repressionen als Hauptmittel an.

Wir sehen es in jedem Gesetzentwurf: die Reform des BND-Gesetzes ermöglicht weiterhin Überwachungsmaßnahmen anzuordnen und die Vertraulichkeit der Kommunikation zu brechen. Die Reform des Bundespolizeigesetzes sieht keine Änderung an den Stellen vor, um effektiv racial profiling verhindern zu können. Damit werden Änderungen vorgeschlagen, die die bekannten Problemfelder umschiffen statt sie zu lösen. **Der status quo ist kein haltbarer Zustand!**

Als fatal muss unser Urteil bezüglich des Umgangs mit der sog. „Clankriminalität“ ausfallen. Es scheint, als sei im Kampf gegen diese Form der organisierten Kriminalität jedes Mittel recht. Auch solche, die den rechtsstaatlichen Prinzipien selbst widersprechen.

Wenn seitens des Innenministeriums ein Vorschlag verbreitet wird, nach dem die schlichte Verwandtschaft zu einem Straftäter ausreichen soll, um einen Menschen abzuschieben, dann ist dieser Vorschlag einer sozialdemokratischen Politik unwürdig. Sie erinnert an die rassistische Gesinnung durch eine sog. „Sippenhaft“ und schaltet die letzte soziale Komponente der Innenpolitik gänzlich aus. Denn die von diesem Vorhaben betroffenen Menschen werden weiter aus der Gesellschaft verdrängt. Das führt heute dazu, dass Betroffene allein wegen ihres Nachnamens täglich Diskriminierungserfahrung machen müssen.

UNSERE PRIORITÄT: DIE SCHWÄCHSTEN IN DER GESELLSCHAFT

Nach den letzten zwei Jahren im Bundesvorstand, in denen ich viele Gesetzesvorhaben unter anderem im Bereich der Innen- und Migrationspolitik begleiten durfte, lässt sich ein Eindruck nicht vermeiden: der eigentlichen Sache nicht dienende und die Betroffenen belastende Regelungen finden sich immer dort, wo es die Schwächsten trifft.

Das zeigt sich sehr deutlich am Beispiel der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Die demokratische Mitbestimmung als grundlegendes Recht aller hier lebenden Menschen wird ganzen Bevölkerungsgruppe seit Jahrzehnten vorenthalten. Oftmals sind die Anforderungen zur Erlangung der Staatsbürgerschaft zu hoch angesetzt oder der bürokratische Aufwand zu komplex, damit Menschen Staatsangehörige werden können. Das hat nicht nur die Ausgrenzung und Benachteiligung der Betroffenen zur Folge. **Es offenbart sich dadurch zu jeder Wahl ein gewaltiges Defizit in unserer Demokratie.**

Nach aktuellem Stand der Reform wird von den Betroffenen zur Einbürgerung eine längere Beschäftigungsdauer verlangt als für den Erhalt von Arbeitslosengeld 1. Das Recht auf demokratische Teilhabe von der wirtschaftlichen Leistung abhängig zu machen, ist absurd und stellt ein verkehrtes Werteverständnis dar. Zudem bekommen Menschen, die über Generationen in der Duldung gesteckt haben, die tatsächlichen Lebensjahre in Deutschland nicht anerkannt. Hier muss dieselbe Fehleranalyse wie beim Chancenaufenthaltsrecht herangezogen werden: allein der tatsächliche Aufenthalt darf für die Frage entscheidend sein, ob jemand Teil dieses Landes ist. Das **Wahlrecht**, als eine der zentralen Grundrechte der Demokratie, **darf nicht an kapitalistische Bedingungen geknüpft werden!**

DIGITALISIERUNG GESELLSCHAFTLICH IN DEN BLICK NEHMEN

Diese Art der Politik wird im Digitalen fortgeführt. Nach demselben Muster wie im innen- oder migrationspolitischen Bereich wird repressiv in die Datenhoheit von Individuen eingegriffen. Dabei spiegeln sich bestehende, gesellschaftliche Ungerechtigkeiten wider. Deshalb ist Digitalisierung auch gesellschaftlich in den Blick zu nehmen und insbesondere diejenigen gesellschaftlichen Gruppen ins Zentrum zu rücken, die am stärksten von den negativen Folgen der Digitalisierung betroffen sind. Dazu gehören insbesondere Migrant*innen und FINTA.

Den Tiefpunkt der kritischen Vorhaben bildet bisher die „Chatkontrolle“. Sie hat weitreichende Konsequenzen für das Leben aller. Deshalb sind wir im Bundesvorstand aktiv die Gespräche mit MdBs, MdEPs, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteifunktionär*innen angegangen. Denn für uns ist klar: Wer das Vertrauen in die digitale Kommunikation nicht erschüttern will, muss die Chatkontrolle ablehnen.

VON DER STRASSE, FÜR DIE STRASSE

Uns ist oft genug deutlich geworden, dass die Welt nicht automatisch zu einer besseren wird, wenn die SPD Wahlen gewinnt. Diese Analyse ist uns seit jeher bekannt. Deshalb gilt unser Kampf nicht nur in der SPD, sondern auch in Bündnissen.

Diese Doppelstrategie gilt es wieder ernster zu nehmen. Das bedeutet, dass wir unseren Kampf wieder breiter führen und unsere aktivistische Ader mehr zum Vorschein bringen. Denn unser Verband ist derjenige, in dem junge, linke Menschen zusammenkommen können.

Dabei gilt es an den Errungenschaften durch Jusos in den Parlamenten auf allen Ebenen festzuhalten und diese fortzuentwickeln. Zu einem Jugendverband, der die Doppelstrategie ernst nimmt, gehört jedoch auch eine starke Bindung zu den Gewerkschaften und Bündnissen. Auf dieses Standbein müssen wir uns für die kommende Zeit wieder fokussieren. Deshalb möchte ich daran mitwirken, dass wir wieder als der Verband wahrgenommen werden, der als Mittelpunkt des Zulaufs derjenigen gilt, die gemeinsam für eine gerechtere Welt kämpfen wollen.

WER ICH BIN

Ich bin Birkan (geb. 1996), habe Jura studiert und bin aktuell noch Rechtsreferendar. Seit knapp 2 Jahren bin ich stellvertretender Bundesvorsitzender und im Bundesvorstand für die Themen Inneres, Migration, Antirassismus, Digitales und Wohnen zuständig. In meiner Freizeit unterhalte ich mich gerne über alles außer Jura und Politik



LARA HERTER

KANDIDATUR ALS STELLVERTRETENDE JUSO-BUNDESVORSITZENDE

“Für eine schwäbische Kleinstadt gar nicht mal schlecht”, etwas in der Richtung muss mir durch den Kopf gegangen sein. Es war ein kühler Frühlingsmorgen 2011, wenige Tage nach den Nuklearunfällen im japanischen Fukushima und beim Rathaus standen gut 30 Leute. Meine allererste selbst organisierte Demo contra Atomkraft, pro Erneuerbare. Was ich mitgenommen habe: “Ich kann tatsächlich eine politische Rede halten, ohne vor Nervosität umzufallen. Das mit Kundgebungen nicht vertraute Ordnungsamt wird kein Fan mehr von mir. Eine Demo durchzuführen kostet leider Geld.”

Auf Punkt 1 und 2 war ich stolz - Punkt 3 war dagegen ein ziemliches Problem. Mein mies bezahlter Schülerinnenjob brachte erst nächsten Monat wieder Gehalt, die Banner und Tonanlagenmiete hatten mein Budget gesprengt. Trotz der erfolgreichen Aktion blieb irgendwie ein schlechtes Gefühl.

WHAT TIME IS IT? - ZEIT FÜR JUNGSO-ZIALISTISCHE KLIMAPOLITIK!

Weg von fossilen Energieträgern zu kommen, beschäftigt mich, seit ich Politik mache. Ebenso wie die Tatsache,

dass es sich nicht jede*r leisten kann, Politik zu machen - und die Interessen von Leuten mit vollem Konto immer zuerst gehört werden.

Die reichsten 10% in der Bundesrepublik verursachen jährlich 257 Millionen Tonnen Treibhausgase - das ist mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung ausmacht, nämlich 237 Millionen Tonnen. Die Klimakrise ist eine Ungleichheitskrise: Unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden Menschen ohne Vermögen stets mehr, denn sie können sich aus Wetterextremen und beispielsweise Schäden durch Überschwemmungen sowie Hitze nicht einfach mal rauskaufen.

Als Jusos müssen wir uns kontroversen Diskussionen stellen, wie jener, ob wir die CO₂-Menge pro Person radikal begrenzen. Doch gerade wenn die Mietüberweisung oder die Kosten an der Supermarktkasse viele von uns schlucken lassen, braucht es eine Klimapolitik, die für Entlastung sorgt: Anfang 2021 wurde ein nationaler CO₂-Preis auf fossile Brennstoffe im Wärme- und Verkehrsbereich eingeführt. Dieser ist sinnvoll, um Treibhausgasemissionen zu senken - verschärft allerdings Ungerechtigkeiten, denn hier wird mal wieder im Verhältnis stärker belastet, wer

weniger verdient. Die vollständige Rückerstattung der Einnahmen durch die CO2-Bepreisung aber, in Form einer Pro-Kopf-Klimaprämie, kann genau dem entgegenwirken.

Wenigstens halbwegs erschwinglich von daheim zur Schule, Uni, Arbeit, Kneipe, zu Familie, Freund*innen zu kommen und dabei was fürs Klima zu tun, ist ein enormer Fortschritt durch das 49€-Ticket. Dass sich Bund und Länder nun über dessen weitere Finanzierung streiten, ist zum Kopfschütteln. Das Gegenteil ist notwendig - ein Plan dafür, den öffentlichen Nahverkehr schnellstmöglich ticketfrei und Fahrten im Fernverkehr deutlich günstiger zu stellen.

Auch von Klimaschutz, der direkt vor der Haustür ansetzt, profitieren Leute mit kleinen und mittleren Einkommen. Kommunen können Energiegenossenschaften fördern, privatisierte Strom- und Gasnetze zurückkaufen, Flächen für Photovoltaik- sowie Windkraftanlagen verpachten und die Gewinne in eine gute Infrastruktur für alle investieren.

WORK THIS OUT - UNSERE INDUSTRIE-POLITIK FÜR DIE JOBS VON MORGEN!

Das starre Festhalten an Erdöl und -Gas gefährdet das Klima - und Arbeitsplätze. Genauer gesagt jene der bundesweit über acht Millionen im produzierenden Gewerbe, zum Beispiel in der Metall-, Chemie- und Pharmaindustrie, Beschäftigten. Trends wie die Abkehr vom fossilen Verbrennungsmotor und hin zum Elektroantrieb wurden über Jahrzehnte verschlafen, Wasserstoff für die Schwerindustrie stammt viel zu selten aus erneuerbaren Energiequellen, Russlands zerstörerischer Angriffskrieg auf die Ukraine hat Energieknappheit und steigende Strompreise bedingt. IG Metall und IG BCE befürchten die Abwanderung von Schlüsselindustrien, da Bundes- und Landesregierungen zu lange auf "der Markt wird das schon regeln" gesetzt haben.

Wir Jusos müssen dafür kämpfen, industrielle Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern sowie zu schaffen: Instrumente wie sogenannte Transformationstarifverträge müssen massiv ausgeweitet werden - im Rahmen dessen steht die Mitbestimmung von Gewerkschaften und Betriebsräten ganz oben, sobald in Unternehmen neue Technologien eingeführt, zusätzliche Ausbildungsberufe angeboten, Umschulungen und Weiterqualifizierungen notwendig werden.

Ewigkeiten debattiert, aber von der Bundesregierung immer noch nicht realisiert, ist ein staatlich subventionierter und zeitlich begrenzter Industriestrompreis - für energieintensive Industriezweige. Dieser muss kommen, aber keinesfalls bedingungslos. Die Koppelung an Standort-, Beschäftigungsgarantien und Tariftreue ist Pflicht.

Last but not least: Innovationen brauchen Investitionen. Die Ampelregierung hat erst im Sommer einen Klima- und Transformationsfonds auf den Weg gebracht, der bei-

spielsweise die Wasserstoffwirtschaft und Halbleiterproduktion fördern soll. Doch das reicht bei Weitem nicht. Wenn Unternehmen zur Umstellung auf nachhaltige Produktion und Entwicklung die finanziellen Mittel fehlen, muss sich der Staat beteiligen - genauso sind (Teil-)Verstaatlichungen in einigen Bereichen wie der Stahlindustrie nötig, um Jobs zu erhalten und die Wende zur Klimaneutralität zu schaffen.

WE'RE ALL IN THIS TOGETHER - VERBAND FÜR JEDE*N!

Für mich sind die Jusos mehr als (m)eine Jugendorganisation. Sie sind ein Stück zu Hause. Ich bin in einem Umfeld aufgewachsen, in dem es ein Privileg war, sich politisch engagieren zu können - und manchmal an der zu teuren Planung einer Anti-Atom-Demo scheitert.

Mich treibt an, Juso-Arbeit für alle zugänglich zu machen. Unabhängig vom Geldbeutel, egal, ob jemand auf dem Dorf oder in der Großstadt lebt, ob das eigene Viertel SPD-Diaspora oder -Hochburg ist.

LIEBE JUSOS,

apropos SPD: Die könnte es gut gebrauchen, wenn wir ihr mal wieder so richtig auf die Nerven gehen. Druck machen, linke Politik einfordern. Ich kandidiere als stellvertretende Bundesvorsitzende, um zusammen mit Euch laut zu sein - für entschlossene Klima-, Industriepolitik und aus der Überzeugung heraus, dass wir gemeinsam wirklich was verändern können.

Ihr habt Fragen oder wollt einfach was loswerden?

Schreibt mich gerne an!

WhatsApp und Telegram: 0176 41548720

Ich heiße Lara und lebe in Albstadt | mache dort Kommunalpolitik als Gemeinderätin | arbeite bei einer Behörde | war drei Jahre lang Landesvorsitzende der Jusos Baden-Württemberg | bin Mitglied des SPD-Landesvorstands Baden-Württemberg



HIBBA-TUN-NOOR KAUSER

KANDIDATUR ALS STELLVERTRETENDE JUSO-BUNDESVORSITZENDE

LIEBE GENOSS*INNEN,

Mit 15 Jahren bin ich den Jusos beigetreten, aus dem einfachen Grund, weil ich anderen helfen wollte. Ab da begann eine der **prägendsten Zeiten** für mich. Menschen aus den unterschiedlichsten Kontexten kennenzulernen, gegen den **Hass der Faschist*innen** auf die Straße zu gehen, **politische Prozesse** nach Wahlen aktiv **mitzugestalten**, mit gewählten Politiker*innen zu **streiten**... All das und vieles mehr lehrte mich schon in jungen Jahren: Ich kann und muss dabei sein, meine Stimme erheben und für **Gerechtigkeit** und meine **Werte** kämpfen. Dieses Kämpfen wurde mir bereits in meiner Kindheit vermittelt. Meine Eltern sind 1999 aus Pakistan geflüchtet, weil sie zu einer religiösen Minderheit gehören, die dort verfolgt wird. Meine Eltern flüchteten gemeinsam mit meinen beiden älteren Brüdern an der Hand, meine Mutter hochschwanger. Kurz darauf kam ich in Schwedt an der Oder (Brandenburg) auf die Welt. Die ersten fünf Jahre meines Lebens verbrachte ich in einer Geflüchtetenunterkunft. Ich selbst erinnere mich an viele wertvolle Begegnungen, zB mit ehrenamtlichen Helfer*innen oder Freund*innen, die ich in der Unterkunft kennengelernt habe und mit denen ich bis heute in Kontakt bin. Auf der anderen Seite jedoch habe ich aus den Erzählungen meiner Eltern grauenvolle Dinge

erfahren, die mir bis heute das Herz brechen. Mein Vater wurde regelmäßig von **Nazis verprügelt** und meine beiden Brüder erlebten vom Schulbus bis in den Klassenraum ständigen **Hass, Rassismus und Ausgrenzung**. Sie wurden bespuckt und beleidigt. Mein Vater durfte nicht arbeiten, seine Ausbildung zum Lichtinstallateur, die er in Pakistan absolviert hatte, wurde nie anerkannt. Er war gezwungen sich immer in prekären Jobs durchzuschlagen, **illegal unter ausbeuterischen Bedingungen**, um seine Familie über die Runden zu bringen. Wenn ich von anderen gefragt werde, wieso ich so politisch geworden bin und ob in meiner Familie damals am Esstisch viel über Politik diskutiert wurde, lautet meine Antwort immer: Nein. Bei mir zuhause wurde nie über Politik gesprochen, weil meine Eltern ganz andere, existenzielle Sorgen hatten. Sie mussten vier Kinder ernähren, gegen ihre Abschiebung kämpfen und sich ein Leben hier aufbauen, damit es meinen Geschwistern und mir mal besser geht. Politisiert haben sie mich dadurch trotzdem.

Vor diesem Hintergrund möchte ich euch drei meiner **Kernthemen** vorstellen, für die ich im Bundesvorstand kämpfen möchte und werde:

1. EINE HUMANE ASYL – UND MIGRATIONSPOLITIK

Ich habe von Anfang an erlebt, wie es ist mit Menschen aus verschiedenen Ländern, mit unterschiedlichen Hintergründen zu leben. Wie es sich anfühlt, wenn die eigenen Eltern durch die Hölle gehen, weil die **Abschiebebehörden** ihnen Probleme machen und der Staat ihnen nicht erlaubt, zu arbeiten. Wie es ist für seine Existenz zu kämpfen, wie es sich anfühlt keine Unterstützung (außer von Ehrenamtlichen) zu bekommen. Die aktuelle Migrationspolitik unserer Bundesregierung ist **menschenverachtend und rückwärtsgewandt**. Es kann nicht sein, dass wir eine Bundesregierung anführen, die sich gegen sozialdemokratische Grundlinien stellt, **Asylgesetze verschärft** und Kontrollen, sowie **Gefängnisse an den Außengrenzen** einführt. Asyl ist ein **Menschenrecht und kein Verbrechen!** Es ist Zeit für eine progressive Asylpolitik, in welcher wir nicht die Flüchtenden bekämpfen, sondern unsere Verantwortung verdammt nochmal ernst nehmen: Uns für **humanitäre Seenotrettung** einsetzen und **sichere Fluchtrouten** schaffen, damit im Mittelmeer nicht mehr tagtäglich Menschen sterben. Ich bin bereit dafür zu kämpfen und unserer Mutterpartei ordentlich Feuer zu machen. Alles abnicken kommt nicht infrage, wir müssen unangenehm sein und uns trauen in die **Konfrontation** zu gehen, um unsere Vision einer gerechten Asyl- und Migrationspolitik einzufordern.

2. KAMPF GEGEN RECHTS

Damit einhergehend ist der Kampf gegen rechts. Wir haben in Deutschland und Europa keine „Flüchtlingskrise“, sondern eine Nazikrise! Seit Jahrzehnten brennen Geflüchtetenheime, seit Jahrzehnten tauchen Neonazis unter und kommen mit ihren rechtsextremen Gewalttaten geframed als „Einzelfälle“ davon. Der rassistische Angriff auf das sogenannte „**Sonnenblumenhaus**“ 1992 in **Rostock-Lichtenhagen**, welches von Neonazis angezündet wurde, die auch noch applaudierten und jubelten, als das Haus in dem **vietnamesische Vertragsarbeiter*innen** untergebracht wurden, brannte, ist nur eins von vielen Beispielen, die einen menschlichen und politischen Tiefpunkt deutscher Geschichte zeigen. Weiter ging es 1993 mit einem weiteren **Brandanschlag in Solingen** auf die türkischstämmige Familie Genç, durch den fünf Mädchen getötet und weitere schwer verletzt wurden. Seit August 2018 versenden Nazis in der Polizei Drohbriefe mit der Unterschrift „NSU 2.0“ an Personen des öffentlichen Lebens, welche sich deutlich gegen Rassismus, Hass und Hetze stellen. Immer wieder tauchen neue, **rechtsextreme Chats von Polizist*innen** auf. Die Nacht vom 19. auf den 20. Februar 2020 wird uns allen immer in Erinnerung bleiben. In dieser Nacht tötete ein Nazi neun Menschen in meiner Nachbarstadt Hanau aus purem Hass und Rassismus. Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hasemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kalojan Velkov wurden

ermordet. Während die Sicherheitsbehörden, sowie der Verfassungsschutz weggeschaut und das rassistische Pamphlet, sowie weitere Bedrohungen des Täters ignoriert haben. Seit dem 19. Februar 2020 hat sich das Leben und das Sicherheitsgefühl vieler BIPOCs verändert und der Hass uns gegenüber stetig zugenommen. Es ist unsere Aufgabe als Jusos dem entgegenzuwirken. Deshalb sagen wir den Neonazis, den Rassist*innen, Antisemit*innen, Sexist*innen und Queerfeind*innen gemeinsam den Kampf an! Wir brauchen: Unabhängige Beschwerdestellen bei der Polizei, die Zerschlagung rechter Netzwerke und Organisationen, mehr staatliche Fonds für Betroffene von rechtsextremer Gewalt, mehr politische Bildung an Schulen, die konsequente Strafverfolgung von Neonazis und vor allem: AUFKLÄRUNG, GERECHTIGKEIT, KONSEQUENZEN! Für Gökhan, Sedat, Said Nesar, Mercedes, Hamza, Vili Viorel, Fatih, Ferhat und Kalojan, sowie alle weiteren Opfer und Betroffenen von rechtsextremer und rassistischer Gewalt!

3. TAX THE RICH! KINDERARMUT BEKÄMPFEN, REICHE BESTEUERN!

Armut macht krank. Armut grenzt aus und insbesondere Kinderarmut bestimmt die Perspektiven eines Menschen von Anfang an. Kinderarmut ist nicht einfach ein soziales Phänomen, sie ist politisch erzeugt und systematisch gewollt. Deutschland ist eins der reichsten Länder der Welt. Die Anzahl der Einkommensmillionäre nimmt von Jahr zu Jahr zu. Durch Krisen wie Corona und die Inflation profitieren Reiche, während arme Menschen immer ärmer werden. Es darf nicht sein, dass die Reichsten mehr als das doppelte des Gesamtvermögens der Bevölkerung in der Bundesrepublik besitzen, während mehr als jedes fünfte Kind in Deutschland von Kinderarmut bedroht ist. Durch meine Arbeit bei der Offenbacher Tafel erlebe ich regelmäßig was das für betroffene Kinder bedeutet. Ich weiß, wo es brennt und wo man nachbessern muss. Der Wohlstand ist da, er muss aber gerecht von oben nach unten verteilt werden! Daher will ich mich mit euch für eine Kindergrundsicherung stark machen, welche tatsächlich zur Bekämpfung von Kinderarmut beiträgt, für ein Bildungssystem, in dem kein Kind wegen seiner sozioökonomischen Situation benachteiligt wird. Dafür braucht es endlich eine stärkere Besteuerung von (Super)Reichen, damit keiner mehr zwei Privatjets und zahlreiche Wohnungen besitzt, während Eltern nicht wissen, wie sie ihre Kinder ernähren und über die Runden bringen sollen. TAX THE RICH.

Mein Name ist Hibba-Tun-Noor Kauser, ich bin 24 Jahre alt und komme aus Offenbach, wo ich seit 3 Jahren Juso-Vorsitzende und seit 2 Jahren Stadtverordnete sein darf. Ich möchte als stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende kandidieren, um diese Themen im Bundesvorstand starkzumachen. Vor allem aber um Perspektiven von Menschen wie mir, welche oft nicht gesehen, marginalisiert und überhört werden, einzubringen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr mir eure Stimme dafür gebt. Falls Ihr Fragen zu meiner Kandidatur oder mir habt, melde euch gerne bei mir über:

Instagram: @hibbakauser oder per

E-Mail: hibbakauser@gmail.com



FABIAN KORS

KANDIDATUR ALS STELLVERTRETENDER JUSO-BUNDESVORSITZENDER

WAS MICH BEWEGT

Wenn ich gefragt werde, warum ich Jusos bin, dann steht für mich immer ein Wert an erster Stelle: Gerechtigkeit. Das heißt für mich, dass niemand schlechter dran ist als andere, nur weil er*sie in einem bestimmten Land geboren ist, mit einer bestimmten Hautfarbe oder Religion lebt, eine bestimmte Geschlechtsidentität oder Sexualität hat oder in einer Familie mit weniger Bildung oder Geld aufgewachsen ist. Nein, wir sind nicht alle gleich und genau das macht dieses Leben auch so großartig und vielfältig. Aber jede*r sollte mit Wertschätzung behandelt werden. Alle sollten in der Politik genauso wie im Betrieb mitentscheiden dürfen. Und in materieller Hinsicht sollte jede*r nach bester Möglichkeit beitragen und gleichzeitig all das erhalten, was er*sie benötigt.

Mich macht es wütend und manchmal auch traurig, wenn Menschen ungerecht behandelt werden oder wenn verkrustete Strukturen bestehendes Unrecht aufrechterhalten. Und es macht mich glücklich, wenn Menschen füreinander einstehen und ein Raum mit möglichst wenig Machtverhältnissen geschaffen wird. Aus dieser grundlegenden Überzeugung ergibt sich für mich ein enormer Antrieb, aber häufig auch große Überforderung. Die Jusos sind für

mich der Ort, an dem andere auch so denken und an dem ich Kraft und Unterstützung für den langen Marsch zu einer gerechten Welt bekomme, zum demokratischen Sozialismus.

MEINE SCHWERPUNKTE UND IDEEN

In meinen ersten zwei Jahren im Jusos-Bundesvorstand war ich zuständig für die Bereiche Internationales, Klima und Umweltpolitik sowie Digitales. Bei Digitalem habe ich in den letzten Jahren gemeinsam mit Birkan über vier Wochenenden hinweg ein Bundesprojekt geleitet und den jungsozialistischen Freiheitsbegriff in in einen Antrag gegossen. In diesem Themenbereich werden uns von der EU-Chatkontrolle über die Auswirkungen von KI bis hin zur Macht der Techkonzerne auch weiterhin Problemfelder begleiten, über die wir uns im Projekt Gedanken gemacht haben. Ich möchte, dass unsere Positionen noch stärker nach außen hin sichtbar werden.

Im Themenfeld Internationales war ich beim letzten Mal Teil des großartigen "Internat-Teams", bestehend aus fünf Ehrenamtlichen und unserem hauptamtlichen internationalen Sekretär. Highlights waren der Initiativantrag zur Zeitenwende 2021 sowie das diesjährige Europawahl-

programm, die Kongresse in Panama (IUSY) und bald noch Barcelona (YES), das Leiten von zwei Vernetzungen Internationales sowie die Besuche bei unseren Schwesterorganisationen in Polen, Schweden und Norwegen sowie auch virtuell in Südafrika. Inhaltlich beschäftigten mich vor allem Internationale Zusammenarbeit, Frieden, Abrüstung und Antimilitarismus in Zeiten des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Diese Schwerpunkte würde ich gerne ausbauen und sie stärker mit Klimaschutz und Nachhaltigkeit verknüpfen. Wir müssen mehr tun für eine solidarische, nachhaltige Globalisierung von links, in enger Kooperation von Genoss*innen. Als nächstes auf der Agenda stehen im Bereich der ökosozialen Globalisierung das Europäische Lieferkettengesetz, das EU-Mercosur-Abkommen und die nächste Weltklimakonferenz. Hier müssen wir als Jusos Präsenz zeigen und uns in die Debatte einmischen. Außerdem möchte ich mich dafür einsetzen, dass wir international einen unserer Schwerpunkte auf Brasilien legen. Mich beschäftigt die Frage, wie Brasilien mit seinen Rohstoffen, dem Amazonasgebiet sowie seiner weltpolitischen Bedeutung dauerhaft eine wichtige Rolle für Frieden, internationale Zusammenarbeit und Klimaschutz spielen kann. Ein erster Schritt könnte hier sein, dass wir die Verbindung zu unserer brasilianischen Schwesterorganisation JPT ausbauen und uns am besten vor Ort mit ihnen austauschen.

Sozial abgesicherter Klimaschutz ist für mich aber nicht nur global ein wichtiges Thema, sondern natürlich auch lokal in Deutschland und der EU. Hierfür war ich im letzten Bundesvorstand erst mit Almut, dann gemeinsam mit Sarah zuständig. Mit beiden war ich mir einig, dass wir als Jusos unbedingt noch mehr Aufmerksamkeit auf diesen Bereich legen müssen. Für viele junge Menschen spielt Klimaschutz bereits heute eine extrem wichtige Rolle. Und die sozialen Folgen der super schnell notwendigen Dekarbonisierung werden genau in unserer Lebens- und Arbeitszeit die größten Auswirkungen haben. Wir brauchen hier mehr Sichtbarkeit und Power und ich werde mich dafür einsetzen, dass wir diese auf Grundlage des Arbeitsprogramms auch entwickeln. Mit einem Klima-Jugendkongress wollen wir in der nächsten Periode die ganze Breite des Verband abholen und uns unter klimapolitisch Aktiven Jusos stärker vernetzen. Diesen Prozess würde ich gerne als zuständiger BuVo mit prägen.

WAS ICH MIR DIE VERBANDSARBEIT VORSTELLE UND WARUM „JUSOS IN DIE PARLAMENTE“ NICHT GENÜGT

Die Kandidatur von Jessica als Jusos-Bundesvorsitzende 2021 war vor allem mit der Idee verknüpft, die Parlamente zu erobern. Mit der Idee, 49 widerständige Menschen im Parlament sitzen zu haben, die für uns ansprechbar sind und durch die wir einen Zugang direkt in den Bundestag haben.

Geblichen ist von diesem Traum wenig. Die 49 sind eine heterogene Gruppe und die Durchlaufgeschwindigkeit des Berliner Betriebs erweist sich als zu hoch, dass wir ehrenamtlichen Jusos mit unseren Montag-Abend-Sitzungen, Wochenend-Seminaren und jährlichen Kongressen auch nur annähernd hinterherkommen könnten.

Natürlich wollen wir auch weiterhin durch unsere Positionen Einfluss auf die konkrete Gesetzgebung nehmen. Vorwiegend aber müssen wir als ehrenamtliche Jusos unsere ureigenste Rolle besser ausfüllen. Als Jusos tragen wir die Verantwortung, dass junge, linke Menschen in der SPD gehört werden und ihre Anliegen vorbringen können.

Dafür bedarf es auch einer klaren Kante gegenüber Mandatsträger*innen, die sich über Parteiarbeit vor allem ihre Wiederwahl absichern. Stattdessen brauchen wir innerverbandlichen Queer-Feminismus, Awarenessarbeit und BIPOC-Empowerment. Und natürlich linke, antikapitalistische und emanzipatorische Beschlüsse. Auf dieser Basis ist es unsere wichtigste Aufgabe, den linken Parteiflügel auf allen Ebenen zu koordinieren, vom Unterbezirk bis zum Bund, um diese strukturellen und inhaltlichen Positionen in Vorständen, auf Veranstaltungen und Parteitagen durchzusetzen.

ZU MIR

Ich bin tatsächlich gerade 30 Jahre alt geworden (Uhr tickt) und seit 2017 bei den Jusos aktiv. In der Zeit war ich zuerst in München aktiv, dann in den Vorständen der Jusos Oberbayern und Bayern und nun seit 2021 im Bundesvorstand. Beruflich arbeite ich im Bereich der Digitalisierung in der Münchner Stadtverwaltung, wo ich vorher auch mein duales Studium zum Wirtschaftsinformatiker absolviert habe.

Instagram: @fabian_kors



HILKE LÜSCHEN

KANDIDATUR ALS STELLVERTRETENDE JUSO-BUNDESVORSITZENDE

MOIN!

Mein Name ist **Hilke Lüschen** und ich kandidiere als stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos.

Ich arbeite in der Jugendberufshilfe und habe dadurch täglich mit jungen Menschen zu tun, denen nur wenige Möglichkeiten offenstehen. Ihnen sind die meisten Wege versperrt, während andere in diesem Alter erwartungsvoll die Weichen für ihre Zukunft stellen. Ohne weitere Unterstützung bleibt diesen Menschen die Chance verwehrt, ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen zu gestalten. Das möchte ich ändern!

Grundlage dafür ist eine gute Bildung und Qualifizierung, die sich nicht an den Bedarfen des Arbeitsmarktes, sondern an den Interessen und Stärken jedes und jeder Einzelnen orientiert. Kein Leben verläuft gradlinig, es gibt immer Kurven und steinige Passagen. **Umso mehr braucht es eine Bildung für alle, ein Leben lang und in jeder Lebenslage!**

LERNEN HÖRT NICHT MIT DER SCHULE AUF!

Immer mehr Jugendliche verlassen die Schule ohne Schulabschluss, finden keine Ausbildung und landen in Maßnahmen des Übergangssystems. Gleichzeitig reden alle vom Fachkräftemangel. Wie passt das zusammen? Wir dürfen junge Menschen nicht einfach abschreiben, sondern müssen ihnen auch nach der Schule jede Möglichkeit geben, sich weiterzuentwickeln! Dafür möchte ich mich einsetzen.

QUALIFIZIERUNG NICHT NUR FÜR DEN ARBEITSMARKT!

Das Ziel von Bildung, Ausbildung und Qualifizierung muss es sein, allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben nach eigenen Vorstellungen zu ermöglichen. Die Unterstützung, die erwerbslose Menschen von Agentur und Jobcenter bekommen, muss sich an ihren Interessen und Fähigkeiten orientieren und ihnen eine langfristige Perspektive bieten. Dafür braucht es gegenseitiges Vertrauen, das unter Zwang kaum hergestellt werden kann. Mit Sanktionen zu drohen, nützt nur Arbeitgeber:innen. **Es ist nicht die Aufgabe des Staates, für billige Arbeitskräfte zu sorgen!**

UMLAGEFINANZIERTE AUSBILDUNGSGARANTIE!

Ein Schulabschluss macht aus jungen Menschen noch keine fertigen Erwachsenen. Es gibt verschiedene Gründe, die Jugendliche den Beginn einer Ausbildung erschweren oder zum Ausbildungsabbruch zwingen. Immerhin erleben sie eine Umbruchphase, in der sie auch mal Unterstützung brauchen.

Doch wer während der Ausbildung psychologische Unterstützung braucht, hat kaum Chancen. Gerade auf dem Land gibt es Wartelisten von Monaten oder Jahren – bis dahin ist die Ausbildung längst abgebrochen und die Zukunft wieder ungewiss. Das darf nicht passieren!

In Gegenden mit knappem Wohnraum haben Azubis häufig das Nachsehen. Sie müssen in verschimmelten Wohnungen lernen oder in einem Elternhaus, aus dem sie längst ausziehen wollten. Im schlimmsten Fall sind sie während der Ausbildung von Obdachlosigkeit bedroht. Außerdem sind nicht alle Ausbildungsbetriebe gut zu erreichen. Insbesondere auf dem Land, wo man ohne Auto kaum von A nach B kommt, schränkt der Wohnort die Auswahl an Ausbildungsbetrieben stark ein.

Hat man eine Ausbildung gefunden, ist man darauf angewiesen, dass der Betrieb seine Verpflichtungen auch ernst nimmt. Auszubildende sind keine billigen Hilfskräfte! Sie brauchen Zeit und Anleitung, um zu lernen und einen erfolgreichen Abschluss zu machen. In Zeiten des Fachkräftemangels sollte es für Arbeitgeber:innen zum Selbsterhaltungstrieb gehören, Jugendliche während einer Ausbildung umfassend zu unterstützen. Durch eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie können wir Betrieben dabei helfen, Ausbildungsplätze zu schaffen, Auszubildende zu finden und durch flankierende Maßnahmen zu halten. Dabei muss klar sein, dass Betriebe eine gesellschaftliche Verantwortung haben, auszubilden – und auch gut auszubilden!

KURZ NOCH ZU MIR

Ich bin 29 Jahre alt, Wemserin by nature und Bremerin im Herzen! Geboren und aufgewachsen bin ich in Aurich in Ostfriesland. In Bremen habe ich Politikwissenschaft und Philosophie studiert. Dort habe ich auch 6 Jahre lang im Landesvorstand der Jusos mitarbeiten dürfen. Inzwischen gehöre ich zu einer seltenen Spezies – Menschen mit abgeschlossenem Philosophiestudium – und arbeite in Aurich bei einem Träger von verschiedenen Maßnahmen der Jugendberufshilfe. Dort erlebe ich einen Teil der Realität, die einem an einer Universität nur selten begegnet. Besonders fällt mir auf, dass viele Jugendlichen keinen Zugang zu politischer Mitbestimmung finden – sei es, weil sie zu sehr mit ihren eigenen Problemen beschäftigt sind, oder weil für sie politische Themen weit, weit weg sind.

Für diese Jugendlichen möchte ich ein Sprachrohr sein und auch ihre Interessen vertreten!

Dass ich nun für den Bundesvorstand kandidiere, ist für mich eine Herausforderung, auf die ich mich wahnsinnig freue!

**Solidarische Grüße,
Hilke**



THEVAGAR MOHANADHASAN

KANDIDATUR ALS STELLVERTRETENDER JUSO-BUNDESVORSITZENDER

LIEBE JUSOS,

nach einer sehr aufregenden und arbeitsreichen als kooptiertes Mitglied im Juso Bundesvorstand, freue ich mich sehr, auf dem diesjährigen Bundeskongress als stellvertretender Juso Bundesvorsitzender zu kandidieren.

ZU MIR:

Ich komme aus der antirassistischen und europäischen Jugend- und Bildungsarbeit. Als Kind tamilischer Geflüchteter und eines alleinerziehenden Vaters habe ich schon früh erlebt, was Armut und Ungerechtigkeit im wohlhabenden Europa bedeuten. Meine feste Überzeugung ist, dass wenn wir uns als junge Menschen solidarisieren und organisieren, wir die Gesellschaft, in der wir leben, zu einer besseren machen können.

DABEI MÖCHTE ICH FÜR EINEN KÄMPFERISCHEN VERBAND STEHEN.

Der Kampf gegen den Faschismus. Der Kampf gegen patriarchale und rassistische Ausbeutung und der Kampf gegen die inhärenten Ungerechtigkeiten im late stage capitalism - diese Kämpfe sind für mich zentral.

Ich will als stellvertretender Juso Bundesvorsitzender die Jusos zur lauten und starken, gestaltenden Kraft innerhalb der SPD machen und mich für einen antirassistischen, feministischen und kämpferischen Verband einsetzen. Dafür bitte ich um eure Unterstützung.

ARBEITSKAMPF UND TRANSFORMATION

Im vergangenen Vorstandsjahr habe ich bereits mit viel Freude unseren Kongress der Arbeit mitgestalten dürfen, denn der Arbeitskampf von Morgen bewegt mich sehr: Plattform-Ökonomie, KI und die sozial-ökologische Transformation im Kampf gegen die Klimakrise. Das alles sind Themen, die mich beschäftigen und mich motivieren.

Von den Rider*innen bei Lieferando bis hin zu den Arbeiter*innen in der Industrie, dem Gastgewerbe und dem Lebensmittel-Einzelhandel erleben wir, dass der Kampf um gute Arbeitsbedingungen und sicheren Arbeitsplätzen drängender ist denn je. Ich will mit den Jusos und den Gewerkschaften zusammen diesen Kampf solidarisch und mutig führen.

ANTIRASSISMUS UND MIGRATION

Was haben Black Lives Matter und der Einsatz gegen die Festung Europa gemeinsam? Nur wenn wir konsequent rassismuskritische Bildungsarbeit machen und rassistische Narrative in der Migrationspolitik bekämpfen, werden wir die Herausforderungen, die mit der Migrationsgesellschaft einhergehen, lösen können. Ich kämpfe für eine Gesellschaft, die zusammenhält und sich nicht von rechter Stimmungsmache auseinander treiben lässt. Gleichzeitig stehe ich für eine Kapitalismuskritik, die Antirassismus und Feminismus zu jedem Zeitpunkt mitdenkt.

EMPOWERMENT UND ANTIDISKRIMINIERUNG

Politische Teilhabe ist keine Selbstverständlichkeit. Diskriminierung und strukturelle Armut hindern viele Menschen daran Politik aktiv mitzugestalten. Ich möchte den Verband und Politik inklusiver machen, egal ob bei den Jusos oder mit unseren Bündnispartner*innen.

EIN EUROPA DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT

Das Wohlstands und das Friedensversprechen der Nachkriegszeit greifen nicht mehr. Wir brauchen ein Europa, das die Schwächsten in den Mittelpunkt stellt, sein koloniales Erbe aufarbeitet und sozialen Zusammenhalt in den Fokus stellt. Als einer von vielen Juso-Kandidat*innen, die im kommenden Jahr zur Europawahl antreten, möchte ich dabei helfen, einen engagierten Wahlkampf zur Europawahl auf die Beine zu stellen. Das Europäische Projekt ist für mich das erfolgreichste historische Projekt zur Überwindung des Nationalstaats. Lasst uns gemeinsam an den solidarischen und grenzenlosen Vereinigten Staaten von Europa arbeiten.

GLÜCK AUF UND SOLIDARITÄT, EUER THEVA.



LASSE REBBIN

KANDIDATUR ALS STELLVERTRETENDER JUSO-BUNDESVORSITZENDER

LIEBE GENOSS*INNEN,

das Wort, welches die letzten Jahre vermutlich am besten beschreibt, ist das Wort Krise. Wie selbstverständlich wird in der Breite der Gesellschaft über die vergangenen und noch laufenden Krisen gesprochen. Aber über welche Krisen reden wir eigentlich? Was ist der Ursprung dieser Krisen? Und wen betreffen sie eigentlich? Die Antworten darauf sind komplex, aber lassen sich nichtsdestotrotz mit einem Wort umschreiben: Kapitalismus. Wenn lebensnotwendige Impfstoffe in großen Teilen des globalen Südens nicht zur Verfügung stehen, weil dies nicht profitabel genug ist, wird eine Rechnung zwischen Profiten und Menschenleben aufgemacht. Wenn eine Energiekrise gefolgt von einer wachsenden Inflation dazu führt, dass einerseits große Konzerne Gewinne einfahren, während die große Mehrheit der Bevölkerung andererseits am Ende des Monats nicht weiß, wie sie sich Lebensmittel leisten soll, dann wird deutlich, wie der Wohlstand verteilt ist. Wenn Rechte diese Situation mit rassistischen Parolen gegen Geflüchtete instrumentalisieren und die Reaktion parteiübergreifend darauf ist, dass Geflüchtete nun schneller abgeschoben werden oder daran gehindert werden müssen, Europa überhaupt zu erreichen, wird die Verpflichtung Menschenleben zu retten angegriffen. Wenn psychische Erkrankun-

gen zunehmen und junge Menschen Existenzängste haben, aber als Reaktion darauf Stigmatisierung und Unverständnis folgt, wird vermeintlicher ökonomischer Nutzen der Gesundheit übergeordnet. Wenn Wälder brennen, ganze Orte überschwemmt werden und Stürme alles niederreißen, aber hier vor Ort Maßnahmen für Klimaschutz mit einem kruden Freiheitsbegriff angegriffen werden, dann steht eine lebenswerte Zukunft auf dem Spiel. Das ist ein Zustand, mit dem ich mich niemals zufriedengeben werde! Denn es gibt **Antworten auf die multidimensionale Krise Kapitalismus**, für die ich in den nächsten zwei Jahren mit euch streiten möchte.

RAUS AUS DEN KRISEN!

Wir Jusos haben das Potenzial, mit breiten Bündnissen den Status quo zu verändern. Als schlagkräftige Jugendorganisation ist es unsere Aufgabe, die **SPD auf Kurs zu halten**. Ich möchte, dass die SPD wieder sichtbar als eigenständige Partei mit echten Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit wahrgenommen wird. Dafür braucht es mutige Antworten, die nicht um die Verteilungsfrage herumkommen. Ohne echte Umverteilung von oben nach unten bleiben Armut und Existenzangst der Normalzustand, wird keine Klimakrise zu überwinden sein und glo-

bale Gerechtigkeit ein weit entferntes Ziel bleiben. Es ist die Aufgabe der SPD, eine Partei zu sein, die sich für die Rechte der Unterdrückten einsetzt und auch ganz klar diejenigen entlarvt und zur Kasse bittet, die für die Unterdrückung verantwortlich sind. Es ist die Aufgabe der SPD, sich konsequent für die Rechte von Geflüchteten stark zu machen und nationalistische sowie rassistische Narrative klar zurückzuweisen. Hier müssen wir lauter sein und der SPD konsequent unseren jungsozialistischen Stempel aufdrücken.

Wir wollen dass **junge Menschen Verantwortung übernehmen** und setzten uns während der diversen und Landtagswahlen und der Bundestagswahl für Jusos in den Parlamenten ein. Das werden wir auch in den nächsten Jahren bei der Europawahl, den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, den vielen Kommunalwahlen und natürlich bei der nächsten Bundestagswahl machen. Wir wollen aber nicht nur, dass junge Menschen Verantwortung übernehmen, sondern auch mit uns gemeinsam in den Parlamenten für die **Inhalte unseres Verbandes streiten**. Wir wollen ihnen das Handwerkszeug mitgeben, um auch in den Parlamenten für eine gerechte Zukunft zu kämpfen. Hier muss unser Verband die Interessen junger Menschen konsequent artikulieren und wenn nötig, den Finger in die Wunde legen, wenn etwas nicht richtig läuft. Wir akzeptieren keinen Sparhaushalt, der in Zeiten einer erstarkten Rechten die Axt an soziale Sicherungssysteme, politische Bildung und Jugendarbeit anlegt. Wir akzeptieren keine Aushöhlung des Koalitionsvertrags, in dem zum Beispiel die Finanzierung von Seenotrettung in Frage gestellt wird. Das werden wir laut und deutlich gemeinsam mit unseren Verbündeten deutlich machen.

Die beschriebenen Kämpfe führen wir nicht alleine und auch nicht nur in unserer Mutterpartei oder der Bundestagsfraktion. Egal ob Gewerkschaftsjugend, feministische Gruppen, Klimaaktivist*innen, antirassistische Organisationen, antifaschistische Bündnisse oder internationale Zusammenschlüsse – wir Jusos haben viele **Bündnispartner*innen**, mit denen uns eint, dass wir gemeinsam für eine gerechte Welt der Freien und Gleichen kämpfen. Denn die Herausforderungen, vor denen wir stehen, lösen wir gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen **auf der Straße**.

KONSEQUENT INTERNATIONALISTISCH!

Die sogenannte Zeitenwende in der Außen-, Sicherheits- und „Entwicklungs“politik hat uns als Verband in den letzten Jahren intensiv beschäftigt. Doch der grausame Krieg Russlands gegen die Ukraine geht weiter, die islamistische Terrororganisation Hamas attackiert in einer groß angelegten Aktion Israel und massakriert Zivilist*innen, die globale Rechte vernetzt sich stärker und verbucht Erfolge und Chinas immer konfrontativer Kurs bringt neue Konflikte hervor. Es wird deutlich: Eine Zeitenwende, erst recht eine jungso-

zialistische Zeitenwende hat bisher nicht stattgefunden. In den letzten zwei Jahren durfte ich den **Zeitenwende-Prozess** der Jusos gestalten, unsere Position gegenüber der Partei vertreten und mit Genoss*innen aus aller Welt für **globale Gerechtigkeit** streiten. Das möchte ich fortsetzen und gemeinsam mit euch unsere Beschlusslagen voranbringen, scharf gegen die momentanen Asylrechtsverschärfungen und die rechte Debatte um Migrationspolitik kämpfen und eine echte jungsozialistische Zeitenwende voranbringen.

WIE WIR SEIN WOLLEN!

Unser Verband muss ein Ort für alle sein. Doch Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus und alle anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit machen auch vor unserem Verband keinen Halt. Deshalb setze ich mich für bessere **Awarenessstrukturen**, feministische und antirassistische Bildungsarbeit sowie barrierefreie Strukturen in unserem Verband ein. Auch wenn der Satz oft benutzt wurde: Wir sind nur gemeinsam stark. Und gemeinsam heißt für mich, dass die verschiedensten Perspektiven und Lebensrealitäten in unserem Verband gehört werde, Männer und weiße Menschen sich konsequent reflektieren und wir einen **safer space für alle** schaffen. Denn nur, wenn wir im Verband solche Strukturen schaffen, können wir auch nach außen eine Veränderung bewirken.

LIEBE GENOSS*INNEN,

all das, was sich seit mittlerweile drei Jahren im Bundesvorstand machen und erleben durfte, wäre nicht durch die unzähligen gemeinsamen Diskussionen mit euch, unsere Konferenzen und die Gespräche am Rande möglich gewesen. Wir haben viele Herausforderungen vor uns und ich habe große Lust, sie **gemeinsam mit euch** anzugehen. Deshalb kandidiere ich erneut als stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos und werbe um eure Stimme. Ich freue mich, bei Vorstellungsrunden mit euch ins Gespräch zu kommen. Solltet ihr Fragen oder Anregungen haben, schreibt mir gerne eine Nachricht bei Instagram ([lasse.re](https://www.instagram.com/lasse.re)) oder eine E-Mail (lasse.rebbin@jusos.de). Wir sehen uns ganz bald - spätestens auf unserem Bundeskongress.

Mit sozialistischen Grüßen

Lasse



PATRICIA SEELIG

KANDIDATUR ALS STELLVERTRETENDE JUSO-BUNDESVORSITZENDE

LIEBE JUSOS,

Sorgen und Ängste sind das dominierende Gefühl unserer Zeit. Nach einer kürzlich erschienenen Umfrage des Marktforschungsinstituts YouGov gaben ein Viertel der Befragten an, dass es ihnen schwerfällt, über die Runden zu kommen, weil ihre monatlichen Ausgaben regelmäßig ihre Einnahmen übersteigen. Sie sind schwer belastet durch explodierende Kosten für Strom, Wärme, Sprit und Lebensmittel. Gleichzeitig verdoppeln Lebensmittel- und Energiekonzerne ihre Gewinne.

Vielen Menschen geht es schlecht. Wir brauchen mehr denn je einen Staat, der sich seiner ureigensten Verantwortung wieder annimmt: Sozialstaat zu sein und sich um diejenigen zu kümmern, die unsere Solidarität brauchen! Es ist unser Anspruch, eine gerechte und armutsfeste Gesellschaft zu schaffen. Gerechte Löhne, absichernde Sozialleistungen und eine gute Daseinsvorsorge sind der Schlüssel dazu.

IT'S ALL ABOUT THE MONEY

Unserem Sozialstaat wird gerade zunehmend die Handlungsfähigkeit genommen. Lindners Fetisch der schwarzen Null beutelt nicht nur unsere Regierung – er geht unmittel-

bar zu Lasten der Menschen in unserem Land. Die vom irrationalen Sparwahn dominierten Haushaltsverhandlungen, bzw. wohl eher Haushaltskürzungen, treffen die breite Masse unserer Gesellschaft, weil sie auf die staatliche Daseinsvorsorge angewiesen ist. Durch diese fehlgeleitete Politik werden Menschen gegeneinander ausgespielt, wenden sich von der Politik ab und werden teilweise von den rechten Rattenfängern vereinnahmt. Wer selbst jeden Cent zweimal umdrehen muss und nicht mehr auf die Unterstützung des Staates vertraut, verliert zunehmend den Glauben an unsere Demokratie. Das Weiterreichen der Effekte der Schuldenbremse über die Länder an die Kommunen verschärft die Not der Menschen und ihren Vertrauensverlust zunehmend. Besonders in den Gemeinden und Städten, ihrem Zuhause, spüren sie die Folgen ganz unmittelbar. Kosten für den ÖPNV explodieren, was mangels finanzieller Ressourcen zum Ab- statt so dringend notwendigen Ausbau von Mobilität führt. Dabei ist Mobilität der Schlüssel zur Teilhabe, meist Grundlage für die Erwerbstätigkeit und damit ein zentraler Faktor der sozialen Sicherheit. Gerade in urbanen Gebieten wird die dezentrale Unterbringung Geflüchteter für die Kommunen zu einer schier unlösbaren Aufgabe. Wo staatlicher Wohnraum fehlt und der Gemeindehaushalt dick im Minus ist,

werden menschenunwürdige Unterbringungen in Containerdörfern zum Standard. Die Folge sind gesellschaftliche Verwerfungen und Kommunen, die nicht wissen, wie sie die Geflüchteten menschenwürdig versorgen und integrieren sollen.

Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der die umfassende Daseinsvorsorge wieder in den Mittelpunkt stellt. Die Schuldenbremse muss abgeschafft werden! Wir brauchen einen Staat der guten Daseinsvorsorge, und einen Sozialstaat, der Armut effektiv verhindert. Kommunen müssen sofort durch die seit Jahren versprochenen Altschuldenübernahme entlastet werden. Bund und Länder müssen die Kommunen ausreichend finanzieren, damit sie ihrer wichtigen Rolle der kommunalen Daseinsvorsorge nachkommen können!

404 ERROR – DIESER STAAT KANN NICHT GELADEN WERDEN

Schreibmaschinen in Ämtern – ein Relikt aus vergangener Zeit? Schön wär's. Während die KI überall auf dem Vormarsch ist, diskutieren deutschlandweit zig „Arbeitskreise Digitalisierung“ über die beste Art, irgendwann in einer fernen Zukunft, die E-Akte einzuführen. Das Onlinezugangsgesetz ist gescheitert. Wenn Einzelleistungen ausnahmsweise für die Bürger*innen digitalisiert wurden, wird auf der anderen Seite meist noch fleißig der Antrag ausgedruckt und in Papierform abgeheftet. Wir brauchen eine Modernisierungsoffensive für unseren Staat!

Unsere Behörden müssen auf den Stand der Zeit gebracht werden. Es braucht unkomplizierte digitale Lösungen für sämtliche Verwaltungsdienstleistungen – nach innen wie nach außen. Wir müssen die Beschäftigten dabei mitnehmen. Gerade Personen, die schon viele Jahrzehnte im öffentlichen Dienst sind, sind durch ihre Erfahrung unverzichtbar für unseren Staat. Die Digitalisierung bietet Chancen. Durch die schnellere Bearbeitung der Vorgänge kann mehr Zeit für Prüfung und Hilfestellung aufgewandt werden. Gleichzeitig können so viel leichter Sprachbarrieren überwunden werden und eine spürbare Erleichterung für Arbeitnehmer*innen, für welche Öffnungszeiten kaum einzuhalten sind, geschaffen werden.

Unser Staat läuft Gefahr, die bisherigen Leistungen in Zukunft nicht mehr garantieren zu können, geschweige denn, sie ausbauen zu können. Der Fachkräftemangel schlägt auch im öffentlichen Dienst voll zu. Die Boomer gehen und dank unattraktiver Arbeitsbedingungen und unzureichender Bezahlung bewerben sich immer weniger Menschen in den Verwaltungen. Der Staat muss Vorbild sein, auch als Arbeitgeber. Wir brauchen flexible Arbeitszeitmodelle, flächendeckend das Recht auf Home-Office, eine finanzielle Unterstützung im Personalbereich, mind. bei der Erfüllung von Pflichtaufgaben und eine deutlich bessere Entlohnung unserer Beschäftigten, ebenso wie die flächendeckende

Einführung der 25-Stunden Woche!

FEMINISTISCHE STADT- UND GEMEINDEENTWICKLUNG MUSS UNSER LEITBILD WERDEN

Unser Anspruch an einen Sozialstaat, der die Menschen in den Mittelpunkt stellt, gilt für alle Ebenen. Nicht nur in der Verwaltung, auch bei politischen Entscheidungen der Kommunen muss der Anspruch sein, soziale Gerechtigkeit herzustellen. Das gelingt nur, wenn sich die Kommunen ihrer Verantwortung bewusst sind, dass jede Ebene dazu beitragen muss, die Menschen zu entlasten, die ohnehin schon am finanziellen Limit oder darüber hinaus sind. Kommunen können kein gerechteres Steuersystem entwerfen, das muss der Bund leisten; aber sie können vor Ort ihre Gemeinden gestalten und damit wesentlich dazu beitragen, dass sich alle Menschen wohl und sicher fühlen. Das Leitbild der feministischen Stadt- und Gemeindeentwicklung gewährleistet, dass alle Bürger*innen den gleichen Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe erlangen. Dazu zählt, dass der öffentliche Raum nicht als Konsumort verstanden wird. Überall müssen Menschen die Möglichkeit haben, unabhängig vom Geldbeutel einen attraktiven Aufenthaltsort zu finden. Grundlage von allen öffentlichen Angeboten ist allerdings, dass die Menschen diese frei nutzen können und nicht von Existenzängsten massiv belastet sind. Dazu müssen wir Wohnen wieder bezahlbar machen! Kommunen müssen Bestände und Grundstücke erwerben, um dort geförderten Wohnraum schaffen zu können. Das kann nur gelingen, wenn der Bund endlich Vollgas im Wohnungsbau gibt. Wir brauchen eine Förderung für Kommunen die das Vorkaufsrecht entsprechend nutzen und dadurch finanzielle Verluste ausgleichen müssen. Grundlegend aber, besonders in Zeiten explodierender Baupreise, muss der Bund selbst tätig werden: Wir brauchen eine Bundeswohnungsbauagentur, die schnell und unbürokratisch Entlastung schafft! Dabei müssen sowohl die Bundeswohnungsbauagentur als auch alle durch die Kommune baurechtlich beeinflussbaren Bauvorhaben nachhaltig gestaltet werden. Es braucht ein breites Verständnis für eine umweltgerechte Kommune. Das bedeutet, Flächen zu entsiegeln, Hitze- und Kältepläne zu erstellen und den Katastrophenschutz an die Klimakrise anzupassen. Die kommunale Wärmeplanung wird das Thema der nächsten Jahre. Diese kann nicht nur ein großer Fortschritt für den Klimaschutz, sondern auch Aufschlag für ein solidarische Wärmewende sein, wenn sie als Chance für den kommunalen Energiewandel genutzt wird. Wir brauchen lokal erzeugte, nachhaltige Energiequellen – egal ob es um die Wärmeerzeugung oder Strom geht, die allen günstig zugänglich gemacht wird, sodass sich niemand sorgen muss, dass es im Winter zu Hause kalt ist.

Gemeinsam mit Euch möchte ich dazu beitragen, unser Verständnis feministischer Stadt- und Gemeindeentwick

lung umfänglich zu definieren und zum Leitbild (kommunal-)politischer Entscheidungen zu machen.

LASST UNS GEMEINSAME NOCH 'NE RUNDE DREHEN

Ich bin Patricia, 27 Jahre alt und komme aus Osthofen, einer kleinen Stadt in Weinland-Pfalz. Nach den Landtagswahlen und einem Treffen mit Julia Klöckner bin ich 2012 in die SPD eingetreten, um zu verhindern, dass diese Frau irgendwann Verantwortung bei uns übernimmt. Hat geklappt, sie ging dann nach Berlin – zum Leidwesen von euch allen, sorry an der Stelle dafür.

Seit knapp 10 Jahren versuche ich, im Stadtrat dazu beizutragen, dass sich meine Stadt im feministischen Sinn entwickelt. Zumindest solange die Aufsichtsbehörde den Haushalt nicht ablehnt.

Nach Ende meiner Ausbildung hat es mich ins Ordnungsamt einer Kommunalverwaltung verschlagen. Auch wenn im Verband der Glaube weit verbreitet ist, ich würde mich als Influencerin für das Wormser Backfischfest versuchen – eigentlich nennt man das Sachbearbeiterin für Messen und Märkte. Als Ver.di Mitglied engagiere ich mich selbstverständlich dort auch im Personalrat.

In den vergangenen zwei Jahren hatte ich bereits Eure Unterstützung als stellvertretende Bundesvorsitzende. In dieser Zeit durfte ich viele Dinge wie die Kommunalvernetzung und unser Muster-Kommunalprogramm anstoßen. Gemeinsam mit Euch möchte ich noch eine Runde drehen und diese Arbeit für eine weitere Amtszeit fortsetzen. Dafür bitte ich um Eure Unterstützung.

Sozialistische Grüße!

Patricia



THERESIA STAHL

KANDIDATUR ALS STELLVERTRETENDE JUSO-BUNDESVORSITZENDE

LIEBE GENOSS*INNEN,

wer mich kennt weiß, ich bin Fachpolitikerin mit Leib und Seele, weswegen ich ohne Umschweife zu meinen Themen kommen möchte.

FINANZEN

Finanzpolitik gilt in der Sozialdemokratie nicht als Thema, mit dem man die Herzen der Menschen erobert. Das zeigt sich nicht nur daran, wie wenig sie im Wahlkampf gespielt wird, sondern auch an der teils recht dürftigen finanzpolitischen Expertise innerhalb unserer Partei. Dabei ist es meine vollste Überzeugung, dass man einen riesigen Teil der Bevölkerung mit Finanzpolitik begeistern kann. Nämlich, indem man ihnen die Steuern senkt. In der Vorbereitung auf die nächste Bundestagswahl ist es mir ein Herzensanliegen, dass sich die SPD eine Ausdifferenzierung der Einkommensteuer zentral auf die Fahne schreibt: Mehr netto vom brutto für fast alle Menschen, effektive Mehrbesteuerung der Reichsten.

Wer Geld einnimmt, muss aber auch Geld ausgeben. Antizyklische Fiskalpolitik, ist ein Konzept, welches Wirtschaftsstudierenden in den ersten beiden Bachelorsemestern als weitläufig akzeptierte Maßnahme beigebracht

wird. Grob gesagt bedeutet das, dass in einer Krise der Staat über zusätzliche Konsumausgaben der Wirtschaft auf die Sprünge helfen sollte. Derzeit befindet sich Deutschland in einer Wirtschaftskrise und der staatliche Konsum wird zurückgefahren, was die Krise verschlimmert. Wirklich stichhaltig erklären kann das Finanzministerium diese Position nicht. Die Liberale Finanzpolitik ist getrieben von Klientelpolitik und Glaubenssätzen, von denen man nicht abweichen kann.

Schlimmer noch als das Befeuern der derzeitigen Krise, ist die konsequente Weigerung, zukünftige Krisen zu bekämpfen. In den nächsten Jahren sind hunderte Milliarden Euro an Investitionen nötig, vor allem in die Infrastruktur, die man die letzten Jahrzehnte hat verfallen lassen, sowie für den Klimaschutz. Das finanzpolitische Problem ist hierbei nicht die Finanzierbarkeit, im Zweifel sorgen alle diese Projekte in Zukunft für mehr Kosteneinsparungen, als sie kurzfristig verursachen, sondern die effiziente Allokation der Produktivkräfte.

Das bedeutet, wir sollten nicht darüber reden, was wir uns leisten können, sondern müssen darüber reden, was wir zuerst anpacken.

WIRTSCHAFT

Wirtschaftspolitik ist Klimapolitik. Noch nie gab es eine größere wirtschaftspolitische Herausforderung für die ganze Welt als die Klimaneutralität. Wie oben beschrieben, ist die Wahl der zu ergreifenden Mittel die oberste Priorität. Wir dürfen uns keinen Illusionen der Technologieoffenheit hingeben. Es setzt sich nicht zwangsläufig das durch, was letzten Endes für alle am besten ist. Der Erfolg der größten technologischen Innovationen der Geschichte ist auf massive staatliche Förderung zurückzuführen, vom Buchdruck bis zum Internet.

Unternehmen, die den Wert für ihre Anteilseigner*innen maximieren wollen, sind von kurz bis mittelfristigen Profitinteressen getrieben. Privatwirtschaftliche Akteur*innen planen nie wirklich langfristig. Wer das hingegen kann, ist die Politik. Wir brauchen einen eingreifenden Staat, der gezielt die vielversprechendsten grünen Industrien fördert, und jenen die Gunst entzieht, die sich als aus der Zeit gefallen herausstellen.

Gleichzeitig dürfen wir die sich daraus ergebenden strukturellen Umbrüche nicht aus den Augen lassen. Industrielle Niedergänge von Regionen, die praktisch automatisch immer zu einer ärmeren Bevölkerung führen, gilt es politisch auszugleichen. Man muss nicht nur gezielt die richtige Industrie fördern, sondern auch gezielt da, wo sie strukturell gebraucht wird, ob in Ostdeutschland, dem Ruhrgebiet oder dem bayerischen Wald.

FEMINISMUS UND QUEERPOLITIK

Wir erleben in den letzten Jahren ein massives rechtes Aufbäumen gegen progressive Errungenschaften. Wo #metoo 2017 breite Bevölkerungsschichten für das Thema sexualisierte Gewalt sensibilisiert hat, ist es heute wieder bis weit ins linke politische Lager normalisiert, Betroffenen mit Misstrauen und Spott zu begegnen. Wo wir, ebenfalls 2017, die Ehe für alle als größten queerpolitischen Erfolg der letzten Jahrzehnte gefeiert haben, nimmt die gesellschaftliche, teils gewaltsame Ablehnung queeren Lebens heute wieder massiv zu.

Diese Entwicklungen sind keineswegs organisch, sondern Teil eines organisierten Kampfes unserer politischen Gegner*innen. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Gesellschaft von allen emanzipatorischen Erfolgen der letzten Jahrzehnte zu befreien. Und die gesellschaftliche Linke lässt dies oft genug zu. Wir führen diese Debatten häufig so, als hätte die Gegenseite Argumente, die es zu entkräften gilt. Rechtskonservative Kräfte sind aber nicht an einem Diskurs interessiert. Sie arbeiten mit Falschbehauptungen, Anspielungen und Diskursverschiebung.

Wir können diesen Kampf nicht gewinnen, wenn wir ihn unter den Bedingungen der Rechten führen. Ihre Taktiken

müssen aufgedeckt und angeprangert werden. Jedoch sind solche Kämpfe um die politische Kultur lang und schwierig und von ständigen Rückschlägen gekennzeichnet, weswegen sie nicht unser einziges Werkzeug sein dürfen.

Das Zusammenspiel aus kapitalistischer Ausbeutung und identitätsbasierter Marginalisierung sorgt vor allem für Armut. Wenige sind in Deutschland etwa so armutsgefährdet wie alleinerziehende Mütter. Dieser Umstand allein macht den Rechten den Kulturkampf einfacher. Das ökonomische Abhängigkeitsverhältnis von einem gewalttätigen Ehemann sorgt dafür, dass selten etwas unternommen wird.

Der Kampf um die Anerkennung marginalisierter Gruppen ist leider oft genug ein flehentliches Bitten an die Mehrheitsgesellschaft. Dieses kann aber ungleich erfolgreicher sein, wenn die materiellen Verhältnisse der Marginalisierten die Abhängigkeit von dieser Mehrheitsgesellschaft nicht noch weiter verschlimmern.

ZU MIR

Mein Name ist Theresia Stahl, ihr könnt mich Resi nennen. Ich bin 26 Jahre alt, komme aus dem Oberpfälzer Wald, forsche und lehre am Institut für Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie der Universität Regensburg und möchte für zwei weitere Jahre eure stellvertretende Bundesvorsitzende sein.